

forum



Tank Man

Der rote Teppich ist ausgerollt. Ein Panzer rollt auf einen Menschen zu. Es ist aber kein gewöhnlicher Panzer. Er besteht aus lauter Stoff- und Plastikspielzeug, die Panzerketten rollen auf dicken bunten Smileys, eine elektrische Zahnbürste bildet das Kanonenrohr. Pandabären und Lampions sind zu erkennen. Die seitlich angebrachten Transportcontainer lassen gleich auf noch viel mehr mitgelieferte Waren schließen. Mutig stellt sich ein Einzelner vor den Panzer. In Händen hält er zwei Taschen mit dem FairTrade-Zeichen darauf. „Made in China 1989“ steht gut sichtbar vorne auf dem Panzer. Am 3. und 4. Juni 1989 schlug das chinesische Militär im Zentrum Pekings gewaltsam die Proteste der Bevölkerung nieder. Das Graffiti von A. Signl vom „Captian Borderline Team“ entstand auf der Hauswand Vogelsanger Straße 283 anlässlich des China-Jahres 2012 in NRW in Zusammenarbeit mit Amnesty International. Vorlage für diese Idee war das Foto von Jeff Widener, der die berühmte Aufnahme vom „Tank Man“ festhielt.



Viel ist seitdem passiert, im November 1989 fiel die Mauer zur DDR, weitere Grenzen folgten. Die Welt öffnete sich ein bisschen mehr, alles wurde globaler. Dem weltweiten Handel steht fast nichts mehr entgegen. TTIP und Ceta sollen weitere Hürden überwinden, die Wirtschaft soll weiter wachsen. Aber Produktion soll fast nichts kosten, der Absatz soll stetig steigen. Billiglöhne und billiges Material sind die Lösung. China und andere östliche Staaten bedienen die Industrienationen im Westen und man hofiert sie dafür,

rollt ihnen den „roten Teppich“ aus. Alle machen mit. Großkonzerne wie Google kooperieren mit Chinas Regierung, Regimekritische Internetseiten sind in China nicht abrufbar, für andere Großfirmen sind die Arbeitsbedingungen, unter denen die Produkte hergestellt werden, nicht relevant. Mensch- und Materialressourcen stehen dort, scheint's, endlos zur Verfügung. Die Großdemo in Berlin im Oktober 2015 gegen TTIP und Ceta mit über 150.000 Teilnehmern setzte ein Zeichen. Aber reicht das? Das neue Jahr hat gerade erst begonnen und neue Vorsätze werden gerne gemacht. Wie wäre es mit einem bewussteren Einkaufen: regionale und saisonale Produkte. Oder auch mal kein Kauf, wenn das Gerät zwar einwandfrei funktioniert, aber halt nicht das Neueste auf dem Markt ist?

Mehr zur Captain Borderline Crew unter:
<http://captainborderline.org>

Titelfoto und Text: Jutta Jilg

IMPRESSUM

HERAUSGEBER GEW Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Erscheint fünfmal im Jahr
Bezugspreis 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall
die Meinung der Redaktion wieder.

REDAKTION Klaus Minartz (verantwortlich)
Jutta Jilg
Wolfgang Hardenacke
Helga Löbber
Hildegard Merten

GESCHÄFTSSTELLE
Montag bis
Donnerstag 10.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 12.00 bis 16.00 Uhr

Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage www.gew-koeln.de
E-Mail kontakt@gew-koeln.de

Konto
SEB
IBAN DE03 3701 0111 1320 7321 01

DRUCK Zimmermann, Köln

DTP Thomas Sommerkamp,
Kürten



Redaktionsschluss
12. Februar 2016



TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

0221 516267

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
0201 2940337

INHALT

Nr. 1/2016

zum Titelbild: Tank Man	2
Impressum und Inhalt	3
Flüchtlingspolitik	
Kulturunterricht	4
Ein nicht abgeschickter Leserbrief	6
Amaro Kher	7
Bildung kann nicht warten	8
Schulsozialarbeit	9
Amen Ushta	10
Inklusion	
Schulbefragung	11
Inklusionstrainer	12
UNIS	13
Tarifpolitik	
Mogelpackung DBB-Entgeltordnung	14
Überleitung bei Befristung	15
Schlechtere Bezahlung für Neueingestellte	15
COPSOQ	16
Frühkindliche Erziehung	17
OGS-Broschüre	18
Bericht über die Mitgliederversammlung	19
Delegierte zum Gewerkschaftstag	20
Jubilarehrung	21
Fachgruppen & Arbeitskreise	22
HuF-Aktionswoche	26
Rechtsberatung	
PIA-Ausbildungsgang	27
Regelaltersgrenze für Tarifbeschäftigte	28
Aktive Ruheständler	29

Auf unserer Kölner Internet-Seite www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Nach der Eingabe des Benutzernamens (mit großem Anfangsbuchstaben) und der Mitgliedsnummer (sie hat 10 Ziffern und beginnt in NRW mit einer 4, sie steht auf dem Mitgliedsausweis oder auf dem Adressaufkleber der NDS) stehen alle Daten vollständig zur Verfügung. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben ab Nr. 5/2004 als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Kulturunterricht, oder: Wie lebt man in Deutschland?

von Anne Ratzki

Ich möchte mit einem Beispiel aus Schweden beginnen: Bei einem Besuch in einer schwedischen Oberstufenschule in Göteborg vor mehr als 10 Jahren fiel uns die damals schon große Zahl von jungen MigrantInnen aus Somalia, Afghanistan und der Karibik auf. Nach dem schwedischen Schulgesetz hatten sie ein Recht auf Unterricht in Schwedisch für Einwanderer. Dieser Unterricht, so heißt es dort, „soll Kenntnisse in der schwedischen Sprache und über die schwedische Gesellschaft vermitteln. Mit dem Unterricht wird bezweckt, den Erwachsenen die erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln, damit sie ihre Rechte in Schweden wahrnehmen und ihre Verpflichtungen erfüllen können.“

Die Bereiche „Rechte“ und „Pflichten“ beschreiben sehr gut das Spannungsfeld des Lebens in einer anderen Kultur, das Spannungsfeld der Integration.

Zwei Stunden in der Woche hatten die SchülerInnen dieser schwedischen Oberstufenschule eine Art „Kulturunterricht“. Inhalte dieses Unterrichts waren z.B. Lebensformen Jugendlicher, Körpersprache, wie man Kontakte schließt, Klei-

dung, Verhältnis Mädchen-Jungen, Disco, Familienleben, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Toleranz gegenüber anderen Religionen und gegenüber Menschen, die keine Religion haben, sexuelle Selbstbestimmung. Selbstverständlich wurden auch Verfassung und allgemeine Menschenrechte, freie Presse, Freiheit der Kunst thematisiert, es ging aber den Lehrkräften in erster Linie darum, dass Jugendliche aus anderen Kulturen mit einheimischen Jugendlichen auf Augenhöhe umgehen konnten und sich in der Lebenswelt einheimischer Jugendlichen zugehörig fühlten. Gleichzeitig gab es in der Schule attraktive Angebote für zugewanderte Jugendliche, die Besonderheiten ihrer Heimatkultur aufgriffen wie Musik der Karibik, aber auch klare Regeln des Umgangs miteinander und des Verhaltens im Gebäude, das äußerst gepflegt wirkte.

Kulturvermittlung: Eine wichtige Aufgabe wurde bisher versäumt

Solche systematische Einführung in die Kultur eines Landes hat es in Deutschland bisher nicht gegeben. Dies wird inzwischen zunehmend als Mangel erkannt, so hat der Kölner Stadtanzeiger in einigen Artikeln dieses Thema aufgegriffen. „Die Versäumnisse mit vielen zugewanderten Türkeistämmigen der ersten und zweiten Generation sollten Warnung genug sein“ heißt es in einem Kommentar von Astrid Wirtz am 2.12.15. Viele unserer Migrantenkinder haben seit Jahrzehnten zwar Deutschunterricht erhalten, aber nur unsystematisch und eher zufällig Besonderheiten des Lebens in Deutschland aufgenommen, oft ohne sie zu verstehen. Probleme bei der Integration waren die Folge. Was ich nicht verstehe, kann ich nicht wertschätzen, vor allem, wenn es Regeln meiner Kultur zuwiderläuft. Als ein Beispiel bringt der Stadtanzeiger eine Klassenfahrt nach Venedig, wo muslimische Schüler sich weigern, den Markusdom zu betreten, aus Angst nicht mehr ins Paradies zu kommen.

Die große Zahl der Flüchtlingskinder erfordert ein Umdenken. Zunächst sind es Kleinigkeiten, die stören: Ein Kind schaut die Lehrerin nicht an, die mit ihm spricht. Die Lehrerin fordert es ungehalten auf, sie anzusehen. Sie weiß nicht, dass es in der Kultur, aus der das Kind kommt, unhöflich ist, Erwachsenen in die Augen zu schauen. Die Lehrerin kann nicht alle kulturellen Besonderheiten ihrer SchülerInnen kennen, aber das Kind muss lernen, wie die Höflichkeitsformen in Deutschland sind. Ein anderes Beispiel: Wie sprechen junge Männer junge Mädchen an? Wie macht man das respektvoll und höflich? Wissen sie, dass offen und selbstbewusst auftretende junge Frauen genau so viel „Ehre“ haben, wie ihre verschleierte Mütter und Schwestern?

Kulturunterricht in der Schule bietet die besten Möglichkeiten, zu erfahren und zu verstehen, wie man in Deutschland lebt. Aber auch für erwachsene Flüchtlinge tut Kulturvermittlung not.



Angekommen im gelobten Land?

Das Leben in Deutschland ist voller Fallstricke: Man muss pünktlich sein. Man kann seine Angelegenheiten nicht dadurch beschleunigen, dass man dem Sachbearbeiter 100€ über den Schreibtisch reicht. Männer und Frauen geben sich die Hand, schauen sich an, lächeln, ohne dass das sexuelle Bedeutung hat. Deutschland ist ein kapitalistisches Land, wo sich viele Gauner kreative Gedanken machen, wie sie an das Geld unwissender Leute kommen können. Kürzlich erreichte mich die E-Mail einer Freundin aus Oberhausen. Sie gibt dort erwachsenen Flüchtlingen Deutschunterricht und stellt immer mehr fest, dass Deutschunterricht nicht reicht. Sie nennt zwei Internetfirmen, die Flüchtlingen teure Internetverträge aufschwatzten und dann die Kündigung innerhalb von 14 Tagen einfach nicht akzeptierten. Sie rät nun, Verträge vor dem Unterzeichnen mit Deutschen zu besprechen. Abheben bei fremden Banken, Bezahlen mit der Karte kann Gebühren kosten, Zahlungstermine zu überschreiten kostet ebenfalls. Welcher Flüchtling weiß das? Im Fall der Internetverträge half die Verbraucherberatung – aber welcher Flüchtling kennt sie schon? Man muss seine Rechte kennen, eine Einführung in die Zivilgesellschaft ist nötig.

Viele der jungen Flüchtlinge sagen Reportern, dass sie glücklich sind, in Freiheit zu sein. Sie haben den brutalen Diktator Assad erlebt, sie haben die Gräueltaten des Islamischen Staats erlebt und die tägliche Todesgefahr durch Bomben und Scharfschützen. Doch wie kommt es, dass wir in Freiheit leben? Was bedeutet Freiheit? Über diese Frage zu reden, über unseren mühsamen europäischen Weg zum Frieden und zur Demokratie lohnt sich. Eine Gruppe von Flüchtlingen und Helfern aus Köln war im Dezember vom Bundestagsabgeordneten nach Berlin eingeladen worden und sah sich mit solchen Fragen konfrontiert, mit der Arbeitsweise des Parlaments, den Fragen nach dem Grundgesetz, den deutschen und europäischen Werten und den Menschenrechten. Intensive Diskussionen zwischen Syrern und Deutschen haben zum Verständnis von parlamentarischer Demokratie beigetragen.



Wie lebt man in Deutschland? Diese Frage hat viele Ebenen: die Alltagsebene, die historische und die philosophische Ebene.

Kulturvermittlung für Erwachsene

Die Alltagsebene zu verstehen ist für die einreisenden Flüchtlinge überlebenswichtig. Dankenswerterweise hat eine Gruppe von internationalen Studenten und Doktoranden einen „Refugee Guide“ herausgebracht, in vielen Sprachen, „Eine Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland“. Man kann die 15 Seiten (Anm. der Red.: aus denen wir die Karikaturen entnommen haben) aus dem Internet herunterladen unter www.Refugeeguide.de und ausdrucken. Ob die Lektüre allein Flüchtlingen helfen wird, Deutschland zu verstehen, mag bezweifelt werden. Sicher ist es sinnvoll, wenn sich Deutsche und Flüchtlinge gemeinsam mit den Fragen beschäftigen, z.B. in kleinen Gesprächskreisen. Die Schulung von „Kulturvermittlern“, die in Integrationskursen systematisch in das Leben in Deutschland und die Rechte und Pflichten einführen, wie sie in einem Interview im Kölner Stadtanzeiger vom 2.12. 15 gefordert wird, ist sicher sinnvoll.

Kulturunterricht in der Schule schnell einrichten

Die aktuelle Zuwanderung so vieler junger Menschen macht es nötig, solchen Kulturunterricht als Pflichtunterricht in der Schule auch in Deutschland offiziell einzurichten. Auf Länderebene sollten schnell Curricula erstellt und Fortbildungen für LehrerInnen organisiert werden. Schulen sollten ermutigt werden, eigene Curricula zu entwickeln und so schnell wie möglich mit solchem Unterricht zu beginnen. Nach schwedischem Vorbild sollte dieser Unterricht immer von zwei Lehrkräften gemeinsam erteilt werden. Die Ankündigung vieler neuer Lehrstellen macht Kulturunterricht zumindest organisatorisch möglich und es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich viele Lehrkräfte für einen solchen Unterricht engagieren werden.

EIN NICHT ABGESCHICKTER LESERBRIEF

zu dem Kommentar von Frank Nägele (KStA 21.10.2015) ›Warum mich die Flüchtlingskrise innerlich zerreißt‹.

„Gibt es nur Gutmensch oder Nazi?“ fragt verzweifelt-empört Frank Nägele, den ich als sachkundigen Sportredakteur schätze - den die Langeweile aber scheinbar von Zeit zu Zeit in die Ressorts *Politik* und *Feuilleton* treibt. Dieses Mal hat er mit seinem sehr persönlichen Kommentar zur Flüchtlingssituation offensichtlich die Seelenlage der Menschen treffend widerspiegelt – so jedenfalls der Tenor in den außerordentlich vielen Leserbriefen. „Es ist diese Zerrissenheit“, schreibt Frank Nägele. „Das kenne ich gar nicht von mir. Sonst ist es ganz einfach mit meiner Meinung. Ich habe zu allem eine, und es ist leicht für mich, sie zu artikulieren. Aber diese Geschichte ist schwierig, und sie wird durch Nachdenken nicht leichter. Das Thema ist überall. Unser Land und die Flüchtlinge.“ Aus der Ich-Perspektive beschreibt er den Zwiespalt zwischen Mitgefühl für die Flüchtlinge und dem Gefühl, „dass es so nicht geht.“ Dass ein Land nun mal Grenzen haben müsse, sonst sei es kein Land mehr.

Fakt ist: Es gibt in Europa heftigen Streit über Zuwanderung, Begrenzung, Kontingentierung und Grenzkontrollen. Die Positionen reichen von Durchlässigkeit an den Grenzen ohne Obergrenze bis zur totalen Verweigerung der Aufnahme von Flüchtlingen bei Abschottung der Grenzen. So lange aber die Reichweite dieses Problems größer ist als die des deutschen Staatsgebietes, ist der Kontrollverlust unvermeidlich. Denn ohne Schießbefehl lassen sich die Grenzen nicht absolut sichern. Weiter heißt es: „Kopf und Herz und Bauch sind sich ganz einig darin, dass niemand von denen, die dafür verantwortlich sind, was in unserem Land geschieht, mehr über eine Lösung wissen, als sie zusammen. Das macht mich insgesamt sehr zornig.“

Das ist der Zorn, der aus der *Mitte* der Gesellschaft kommt. Und der ist meines Erachtens langfristig ge-

fährlicher als jede Hassrede auf einer Pegida-Demo. Diese Mitte „kippt“ zwar nicht plötzlich in Flüchtlingshass um. Aber diese Mitte verliert das Vertrauen in den Staat. Dabei habe gerade die Mitte der Gesellschaft die Bundesrepublik immer getragen, meint der Politikwissenschaftler Herfried Münkler; die soziale Mitte zwischen oben und unten, die politische Mitte zwischen links und rechts. „In der Mitte stehen hieß in Deutschland immer: einigermaßen zufrieden sein und zuversichtlich in die Zukunft blicken.“ Und heute? „Gibt es eine Verunsicherung der Mitte. Die Angst ist dort eingebrochen.“ Aber Angst wovor? „Die Angst ist ein unbestimmtes Gefühl der Unsicherheit. Das Fremde speist die Angst.“ Die alternden Deutschen hätten sowieso schon Angst vor der Veränderung, jetzt hätten sie auch noch Angst vor den vielen jungen Männern unter den Flüchtlingen und um die eigene Kultur. „Das ist eine giftige Mischung, argumentativ kaum zu knacken.“ Was kann man dann überhaupt noch tun; gar nichts? Doch, sagt Münkler. „Die Menschen müssen vom Betrachter des Problems zum Bearbeiter werden. Man kann Angst auch wegarbeiten.“ Wie das geht, zeigen uns täglich Tausende von Helferinnen und Helfern, die die Flüchtlinge willkommen heißen und ihnen in ihren Städten und Gemeinden das Einfinden erleichtern. Als Obama sein berühmtes *Yes, we can!* ausrief, wussten alle, was er damit meint. Wenn Merkel jetzt sagt *Wir schaffen das!* überwiegt jedoch die Skepsis. Bei Frank Nägele heißt das: „Mir sagt das nichts. Was ist dieses ‚das‘?“ Vielleicht hilft die historische Einordnung der Fluchtgründe. Hanswerner Odendahl schrieb in seinem Leserbrief: „Da kommen sie über das Mittelmeer und legen die Rechnung vor. Die Rechnung für 500 Jahre Kolonialismus, für 100 Jahre katastrophale Nahostpolitik, für 25 Jahre absolute Überheblichkeit des ‚Westens‘ nach Ende des ‚Realsozialismus‘. Die Verhungerten in Afrika, die ermordeten Yeziden, die Ertrunkenen im Mittelmeer haben die Rechnung schon mit dem Leben bezahlt.“ Auch Kardinal Marx schreibt: „Der Westen bekommt nun seine Rechnung

Amaro Kher Familienzentrum und Schulprojekt für Roma-Kinder

von Ismeta Stojkovic



Nachdem der Kölner Rat die politische Entscheidung getroffen hatte, Roma Flüchtlingskindern in Köln pädagogisch eine Chance zu geben, konnte im Sommer 2004 das vom Rom e.V. entwickelte Schulmodell Amaro Kher - Unser Haus - umgesetzt werden. In Kooperation mit dem Jugendamt und dem Schulamt und vernetzt mit Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen und Flüchtlingsorganisationen, konnte ein erfolgreiches Schulprojekt aufgebaut werden. „Geduldete“ Kinder aus Flüchtlingsheimen bekommen hier eine ihren schwierigen Lebensverhältnissen angemessene schulische Bildung und sozialpädagogische Begleitung, die auch von den Eltern positiv angenommen wird.

Der UN-Sonderbotschafter Prof. Munoz lobte bei seinem Besuch 2006 das Schulprojekt, weil hier das Recht auf Bildung für Roma-Kinder realisiert wird.

Neben dem Unterricht in zwei Klassen gibt es Förder- und Freizeitangebote am Nachmittag, drei gesunde Malzeiten und Schulbusse, mit denen die Kinder abgeholt werden. Mit der pädagogischen Förderung in Amaro Kher wird den oftmals traumatisierten und bisher pädagogisch vernachlässigten Kindern eine Bildungschance gegeben. Positive Lernerfahrungen, ein sich entwickelndes Selbstvertrauen und Sicherheit im Umgang mit Sprache und Lernkultur der Mehrheitsgesellschaft sind wichtige Voraussetzungen für den Übergang in die allgemeinbildenden Regelschulen.

Kooperative Schul- und Freizeitprojekte und eine bildungsorientierte Elternarbeit bestärken die Kinder und ihre Familien im interkulturellen Austausch und in ihren Wünschen nach gesellschaftlicher Integration und Anerkennung.

für die verfehlte Politik im Nahen-Osten.“ Daraus leitet er eine Verantwortung für die asylsuchenden Flüchtlinge ab: „Denn ich war hungrig, und ihr gabt mir zu essen; ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen.“ Bibelworte als politisches Argument. Im Klartext gesprochen: Es kommt darauf an, der verbreiteten Mutlosigkeit in der Gesellschaft mit Zuversicht zu begegnen. Schließlich hat Deutschland gute Erfahrung mit Zuwanderung. Nach dem 2. Weltkrieg sind 30 Millionen Asylsuchende, Bürgerkriegsflüchtlinge, Aussiedler, „Gastarbeiter“ und „Heimatvertriebene“ in unserem Land eingebürgert und integriert worden. Das haben wir geschafft! Aber noch ein Wort zur zerrissenen Seelenlage Nägeles. Von Arthur Schopenhauer stammt der Satz: „Was dem Herzen widerstrebt, lässt der Kopf nicht ein.“ Bei Nägele ist das anders. Der Kopf will Sicherheit, der Bauch ist verwirrt und das Herz fühlt sich schlecht. Folglich ist das Gleichgewicht gestört: Die Angst ist groß und die Hoffnung ist gering. Entsprechend zaghaft ist sein Fazit: „Wir müssen reden. Ehrlich. Aber ich habe das Gefühl, dass das unglaublich schwierig wird.“ Umso mehr kommt es meines Erachtens darauf an, eine gute Balance zu finden zwischen den Sorgen und Ängsten der Menschen sowie der Solidarität mit und Unterstützung für die Flüchtlinge. Das ist unsere Chance, um den von Nägele so befürchteten Zusammenbruch zu verhindern.

Wolfgang Hardenacke, Köln

Bildung kann nicht warten!

Kleiner Wegweiser für Seiteneinsteigerklassen

von Klaus Minartz

Viele KollegInnen der GEW in den Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen arbeiten mit Flüchtlingskindern bzw. Flüchtlingen. Oder sie sind ehrenamtlich bei Hilfsorganisationen in der Flüchtlingsarbeit engagiert. Die GEW bleibt auch angesichts der zugespitzten Dynamik der Zuwanderung bei ihrer Grundhaltung: „Das Menschenrecht auf Bildung gilt für alle – Kinder, Jugendliche und Erwachsene -, ohne Ausnahme und ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus.“ (Marlis Tepe, Bundesvorsitzende der GEW in E&W 11/2015)

Deshalb hat die Bundes-GEW bildungspolitische / Sofort-) Maßnahmen als Handlungsempfehlungen für den Zugang zu Bildung für Flüchtlinge und Asylsuchende entwickelt. Ihnen liegen eigene Hochrechnungen zu Grunde.

Diese Empfehlungen können als pdf-Datei heruntergeladen werden. unter der Adresse http://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Migration/GEW-Handlungsempfehlungen_Bildung_Fluechtlinge_und_Asylsuchende.pdf

Im Zentrum steht die Vermittlung der deutschen Sprache als Schlüssel zur Integration. Die GEW erwartet (beispielsweise) bis zu 100.000 geflüchtete Kinder im Kita-Alter. Deshalb müssen die Träger rund 14.000 ErzieherInnen mehr einstellen. Für die Schulen rechnet die GEW mit rund 300.000 zugewanderten Kindern und Jugendlichen. Dafür errechnet sie ca. 24.000 Lehrkräfte zusätzlich.

Das Recht auf Bildung gilt auch für Kinder ohne Aufenthaltspapiere. Zu diesem Thema hat die GEW eine aktuelle Studie veröffentlicht: „Es darf nicht an Papieren scheitern“, Theorie und Praxis der Einschulung von papierlosen Kindern in Grundschulen.

Diese kann über www.gew.de/publikationen bezogen werden.

Der Arbeitskreis Seiteneinsteiger der Kommunalen Integrationszentren NRW hat für Lehrkräfte einen >kleinen Wegweiser< zur Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen zusammengestellt. Zu den Bereichen Rechtliche Rahmenbedingungen, Bildung und Zusammenarbeit mit Eltern erhalten Lehrkräfte Informationen für diesen speziellen Aufgabenbereich. Der kleine Wegweiser selbst erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern versteht sich als Ist-Zustand vom April 2015.

Ansprechpartner und Linkadressen für Köln:

Diversity/Kommunales Integrationszentrum:

Kleine Sandkaul 5 / 50667 Köln

E-Mail: ki@stadt-koeln.de

Leiterin: Frau Kremer-Buttkereit

Stellvertretende Leiterin: Frau Simon

Integration und Migration:

<http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/integration/>

Flüchtlinge:

<http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/fluechtlinge/>

Aufenthalt:

<http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/integration/aufenthaltsurlaubnis>

Interkultureller Dienst:

<http://ki-koeln.de/assets/Uploads/pdf/bildung/primar-seki/9.5.-Der-Interkulturelle-Dienst.pdf>

Schulsozialarbeit systematisch ausbauen! Erklärung des Bundeskongresses Schulsozialarbeit 2015

Auf Einladung des Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit, der LAG Schulsozialarbeit NRW e.V., der Fachhochschule und der Stadt Dortmund trafen sich mehr als 600 sozialpädagogische Fachkräfte, Wissenschaft und Träger im Dezember zum Bundeskongress Schulsozialarbeit 2015. Der Kongress bot über 50 Vorträge, Podiumsdiskussionen und Workshops und zeigte Perspektiven zur Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes auf.

Der Bundeskongress Schulsozialarbeit 2015 fordert, Schulsozialarbeit systematisch auszubauen und an allen Schulen professionell zu etablieren. Kinder und Jugendliche wollen ihre Potentiale entwickeln, ihre Begabungen entfalten und sich in sozialen Gemeinschaften erproben. Die Schule bietet ihnen dazu einen verlässlich strukturierten Rahmen und versteht sich zunehmend als Bildungs- und Lebensort für Kinder und Jugendliche. Schulsozialarbeit bietet mit umfangreichen Angeboten - von der Beratung und individuellen und sozialen Förderung bis zur kulturellen Bildung - allen Kindern und Jugendlichen wichtige Unterstützung und vernetzt die Schule mit sozialen Diensten, Vereinen und Initiativen. Ihre Arbeit basiert auf den Prinzipien der Jugendhilfe: Partizipation, Ganzheitlichkeit und Individualität. Schulsozialarbeit versteht ihren Auftrag auch als Beitrag zum Abbau von Benachteiligungen, für Chancengleichheit und Teilhabe. Die Politik hat die Bedeutung und den Wert der Schulsozialarbeit erkannt. Die unterschiedlichen Träger in Schule und Jugendhilfe übernehmen verstärkt gemeinsame Verantwortung und arbeiten an einer strukturellen und nachhaltigen Absicherung der Schulsozialarbeit. Schulsozialarbeit ist in allen Schulformen, jedoch noch nicht in allen Schulen angekommen. Deshalb fordert der Bundeskongress Schulsozialarbeit 2015:

- Schulsozialarbeit muss als fachlich aus der Kinder- und Jugendhilfe begründetes Angebot bundesweit verbindlich geregelt, qualitativ abgesichert und dauerhaft etabliert werden.



- In Bund, Ländern und Kommunen müssen verlässliche Formen der Kooperation und Finanzierung entwickelt werden. Subsidiarität und Trägervielfalt sind zu gewährleisten. Konkret bedeutet dies:
- Aufnahme der Schulsozialarbeit in das Jugendhilferecht und die Schulgesetze der Länder als Regelangebot an allen Schulen.
- Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulen mit mindestens einer unbefristeten Vollzeitstelle je 150 Schüler/innen.
- Weiterentwicklung von Studienangeboten für den Schwerpunkt Schulsozialarbeit.
- Aufbau und Ausbau regionaler, schulform- und trägerübergreifender Koordinierungsstellen für die Planung, Qualitätssicherung und fachliche Begleitung der Schulsozialarbeit.
- Tariflich gesicherte Arbeitsbedingungen für alle Schulsozialarbeiter/innen und eine der Aufgabe und Qualifikation angemessene Bezahlung.

GEW-Kontakt:

Bernhard Eibeck, GEW-Hauptvorstand, E-Mail: bernhard.eibeck@gew.de

Pilotprojekt ›Amen Ushta‹

von Ismeta Stojkovic

›Amen Ushta‹ bedeutet *Wir stehen auf*. Amen Ushta ist ein Projekt des Rom e. V. für Roma- und Sintikinder zur Realisierung ihres Menschenrechts auf Bildung. Im Auftrag der Stadt Köln unterstützen wir die beteiligten Schulen bei der Umsetzung ihres Inklusionsauftrages. Das Projekt läuft seit August 2014 und ist für zwei Jahre finanziert. Ein Projekt in dieser Art ist eine Premiere, nicht nur in Köln, sondern in ganz NRW.

Im Rahmen des Projektes sind wir in vier rechtsrheinischen Grundschulen unterwegs. Die Schulen sind die KGS ›Langemaß‹ in Köln Mühlheim, die GGS ›Porz Mitte‹ in Köln Porz, die GGS ›Konrad Adenauer Straße‹ in Köln Finkenbergring und die GGS ›Poller Hauptstraße‹ in Köln Poll. Wir leisten dort Deutschförderung, Mediation, Hausaufgabenhilfe und gleichzeitig intensive Eltern- und Sozialarbeit.

Unser Team besteht aus vier sehr engagierten Personen, die mit ihrer Arbeit und positiver Haltung das Projekt in diesem großen Rahmen erst ermöglichen: Wir betreuen aktuell 80 Kinder mit ihren Familien.

- Christina von Haugwitz bietet Alphabetisierung und Deutsch als Zweitsprache in Einzel- und Gruppenstunden und Hausaufgabenhilfe.

- Enis Ibraimi bietet Förderunterricht in Kleingruppen, arbeitet in den Schulen als Mediator und ist wichtige Kontaktperson für Eltern. Enis spricht Romanes, Serbisch, Mazedonisch und Bulgarisch.

- Ruza Andlar ist Sozialarbeiterin und ständig bei und mit den Familien, in Ämtern und Schulen unterwegs. Sie spricht Kroatisch.

- Ismeta Stojkovic koordiniert das Projekt als Projektleiterin, und arbeitet außerdem in der Elternarbeit und in der Hausaufgabenhilfe. Sie ist

Kontaktperson zu den Schulen und vernetzt das Projekt mit den lokalen Playern. Ihre Sprachen sind Serbisch, Romanes, Arabisch und Englisch.

In der Arbeit mit den Kindern sind wir auf die Potentiale der Kinder fokussiert. Wir vermitteln den Kindern: ›Du schaffst das‹ und damit steigt die Motivation der Kinder fürs Lernen. Wir stärken auch die Kinder in ihrer Identität, denn leider werden Roma- und Sintikinder in den Schulen allzu häufig ihrer ethnischen Zugehörigkeit wegen diskriminiert. Hier setzen wir bei den Schulleitern, Lehrern und Schulsozialarbeitern an. Außerdem haben wir einige Projekte unterstützt und eigene angestoßen. Zum Beispiel Antigewalttraining und FuN Elternbildungswochen an der GGS Porz-Mitte.

Wir machen uns stark für die Akzeptanz der Roma- und Sintikinder an den Kölner Schulen!

Selbstverständlich reden wir auch mit den Eltern über Vorurteile, um Missverständnisse und Diskriminierung zu bekämpfen. Die Rückmeldungen der Schulen nach dem ersten Jahr des Pilotprojektes war sehr positiv: Der Kontakt zwischen den Schulen und Eltern ist sehr viel besser geworden, die Eltern haben die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Schulen erkannt und agieren auch so. Die Kinder sind motivierter, der Schulabsentismus ist deutlich geringer geworden.

Das Projekt ›Amen Ushta‹ ist auf Wunsch und Bitte der Stadt Köln initiiert worden und füllt eine Lücke in der Bildungslandschaft der Stadt. Wir bekommen ständig Anfragen von weiteren Grundschulen, die auch dringend Unterstützung dieser Art benötigen. Damit das Projekt weiterhin so erfolgreich arbeiten und sich eventuell vergrößern kann brauchen wir eine gesicherte Finanzierung. Wir sind voller Zuversicht: Die Stadt Köln schafft das!

Inklusion: Erfolg gefährdet Schulbefragung weist Defizite nach

Seit Beginn des Schuljahres 2014/2015 gilt für die Schulen in NRW das 9. Schulrechtsänderungsgesetz, das erste Schulgesetz zur Umsetzung der Inklusion. Auch wenn es viele Schulen in NRW gibt, die schon viele Jahre Kinder mit und ohne Förderbedarf gemeinsam unterrichten, sind mit dem Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung eine Reihe von Vorgaben verändert worden, die auch in den Schulen mit langjährigen Erfahrungen des gemeinsamen Lernens Veränderungen bewirkt haben.

Für eine genaue Bestandsaufnahme hat die GEW eine Online-Umfrage bei den Schulleiterinnen und Schulleitern an allen Schulen in NRW durchgeführt. Die Förderschulen haben einen anderen Fragebogen bekommen als die allgemeinen Schulen. Die Befragung wurde als Vollerhebung von Anfang September bis Anfang Oktober 2015 durchgeführt. Die Ergebnisse sind aufgrund der großen Beteiligung repräsentativ für alle Schulen in NRW. Die Rücklaufquote beträgt 21,4 Prozent bei den allgemeinen Schulen und 29,2 Prozent bei den Förderschulen.

Die GEW fühlt sich durch die Ergebnisse bestätigt und unterstützt die Aussagen der Kolleg*innen. Ihre Rückmeldung kann von der Landespolitik nicht ignoriert werden.

Damit schulische Inklusion funktioniert, benötigen Schulen:

- Mehr Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung!
- Mehr Zeitressourcen für Absprachen und Vorbereitung!
- Kleinere Klassen, gerade im Gemeinsamen Lernen!
- Mehr Fortbildung!
- Fachzentren für Inklusion vor Ort!
- Schulentwicklungsplanung, unter Mitwirkung der Schulen!
- Bessere Unterstützung der inklusiv arbeitenden Schulen durch den Schulträger!

Vordringlich brauchen die Schulen nach Angaben der Schulleiterinnen und Schulleiter mehr Stellenressourcen sonderpädagogischer Förderung, mehr Zeitressourcen für Absprachen und Beratung und mehr

und bessere Räumlichkeiten.

Die Baustellen sind beschrieben. Nun muss die Landespolitik zusammen mit den Schulträgern schnell und entschlossen handeln.

Der Kölner AK Inklusion wird sich auf seiner nächsten Sitzung am Donnerstag, 18.2.2016, Beginn 19 Uhr im DGB-Haus, mit einer genauen Auswertung dieser Onlinebefragung beschäftigen. Auf der Basis einer detaillierten Präsentation der Ergebnisse werden wir Folgerungen und Forderungen diskutieren.

Marc Overmann

ist neuer Leiter der Abteilung Regionale Bildungslandschaft / Inklusion beim Amt für Schulentwicklung,
Stadthaus Ost, Raum 09.G 47,
Willy-Brandt-Platz 3, 50679 Köln
marc.overmann@stadt-koeln.de

Kölner „Kampagne Inklusion - aber richtig“

Teil der Kampagne ist das „Schwarzbuch Inklusion“. Hier sollen KollegInnen aller Schulformen die Möglichkeit bekommen, aus der Praxis zu berichten: Wie läuft die Inklusion an euren Einrichtungen? Welche Probleme sind damit verbunden?

Dieses „Schwarzbuch Inklusion“ lebt von Euren Beiträgen.

Schickt Eure Berichte bitte an: schwarzbuch-inklusion@gew-koeln.de

Alles wird ausschließlich anonym veröffentlicht!

Inklusionstrainer für Schulen

NEUES PROJEKT Behinderte werden zu Beratern – Lehrer klagen über fehlende Unterstützung

VON HELMUT FRANZENBERG

Neun Coaches für inklusive Bildung, alle selbst behindert, helfen Kölner Schulen bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarf. Die Idee ist einfach und vielversprechend: Anstatt die Arbeitslosigkeit von schwerbehinderten Akademikern zu finanzieren, bezahlt die Bundesagentur für Arbeit sinnvolle Jobs. „Wir können Schulen und Eltern beim Regeln und Lindern von Schwierigkeiten helfen“, sagt Jürgen Esser. „Wir kümmern uns um alle Aufgaben, die sich durch die Aufnahme von Behinderten ergeben.“ Der 56-Jährige ist Betriebswirt und lebt ohne Kehlkopf. Nun ist er unter anderem Coach für das Berufskolleg in Deutz. Zuvor habe man sich in Sachen Inklusion ziemlich alleine gefühlt, sagt Schulleiter Karl-Heinz Schneider. „Nun verschwinden die vielen Fragezeichen, die wir hatten.“

Der gemeinsame Unterricht aller Schüler – egal ob mit oder ohne Behinderungen – ist „offensichtlich nicht so einfach“, sagt Eva Thoms vom Elternverein „Mittendrin“.

Wir können Bindeglied zwischen Schule und Eltern sein, um Sorgen zu nehmen

Andreas Huckschlag

drin“, der seit Jahren für die Inklusion streitet. Die Schulen klagen über fehlende Unterstützung und zu wenige Sonderpädagogen. Fast überall fehlt es an Räumen und Zeit, um der Herausforderung gerecht zu werden. Das Projekt „Coaches für inklusive Bildung“ leistet einen Beitrag zur Verbesserung. Bis zu 40 Kölner Schulen sollen davon profitieren. Mit neun ist bereits eine Partnerschaft vereinbart. Am Donnerstag nutzten Vertreter weiterer Schulen die Möglichkeit, sich in der neuen An-

xemburger Straße 189 zu informieren.

Für drei Jahre ist die Finanzierung vorerst gesichert. Aus einem Topf des Bundesarbeitsministeriums fließen zwei Millionen Euro nach Köln. Die zuständige Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit kooperiert mit dem Verein „Mittendrin“. Universität und Stadt sind als Partner dabei. Das konkrete Aufgabenspektrum der

neuen „Inklusionsexperten“ ist breit, reicht von der Antragstellung für Hilfsmittel bis zur Suche einer barrierefreien Unterkunft für die Klassenfahrt. Eltern, Lehrer und Schüler wenden sich mit ganz praktischen Fragen an die „Coaches“. Andreas Huckschlag berichtet von Beratungsstunden, die er in der Nikolausschule in Sülz anbietet. „Wir können auch Bindeglied zwischen Schule und Eltern

sein, um Sorgen zu nehmen“, sagt der 50-jährige sehbehinderte Diplom-Verwaltungswirt. Torsten Prenner von der Bundesagentur für Arbeit lobte die ersten Erfolge des Projekts. Er erlebe „viel Motivation und Power“ bei den für den Job ausgewählten Mitarbeitern.

Wie dringend nötig unterstützende Angebote für den Schulalltag sind, wurde auch bei der letzten Sitzung des Schulausschusses des Stadtrates deutlich. Realschullehrer Gerson Wirth nutzte die Diskussion um den aktuellen Bericht

Die Berichte lesen sich schön. Aber an den Schulen sieht es prekär aus

Realschullehrer Gerson Wirth

der Verwaltung zum Stand der Inklusion (siehe „Inklusionsquote steigt auf fast 40 Prozent“), um einen Hilferuf an Politik und Verwaltung zu senden: „Der Zustand ist nicht mehr tragbar.“ Er klagte über die zu hohe Belastung der Lehrer, einen hohen Krankenstand und fehlende Räume. „Berichte lesen sich schön. Aber an den Schulen sieht es prekär aus.“

Schuldezernentin Agnes Klein verwies darauf, dass sich die meisten Kritikpunkte nicht auf den Zuständigkeitsbereich der Stadt bezögen. Auch die FDP konnte sich den Hinweis nicht verkneifen, dass sich Wirth doch auch auf Landesebene bei „seiner“ grünen Schulministerin Gehör verschaffen möge. Wirth sitzt als sachkundiger Einwohner im Ausschuss – auf Vorschlag der Grünen.

Die Kritik der Schulen sei berechtigt, war man sich im Ausschuss einig. Es müsse mehr Wert auf die Qualität gelegt werden. „Wir haben die Ziele des Inklusionsplans noch nicht erreicht“, sagte Ausschussvorsitzender Helge Schlieben (CDU). „Eine gute Quote allein ist kein Merkmal für gelingende Inklusion.“



Vier Profis für Inklusion: Ulrike Müller-Harth, Andreas Huckschlag, Jürgen Esser und Kirsten Schmidt. Foto: Michael Banus

Inklusionsquote steigt auf fast 40 Prozent

39,6 Prozent aller Kölner Kinder mit besonderem Förderbedarf gehen auf eine Regelschule. Damit hat sich die Inklusionsquote in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdreifacht. Am besten funktioniert es offensichtlich weiterhin an den Grundschulen. Hier kann die Hälfte aller behinderten Kinder unterrichtet werden. Bei den weiterführenden Schulen ist es rund ein Drittel. 113 Kölner Schulen machen mitt-

lerweile beim „Gemeinsamen Lernen“ mit, darunter alle Gesamtschulen, fast alle Hauptschulen sowie 15 von 23 Realschulen. Schwach bleibt der Beitrag der Gymnasien. Nur sechs von 30 machen ein Angebot.

Wer sich für das neue Angebot „Coaches für inklusive Bildung“ interessiert, kann sich beim Verein „Mittendrin“ melden. www.cib-mittendrin.de

Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger

UNIS Auftaktveranstaltung in Mülheim

In Umsetzung des Inklusionsplans entwickelt das Amt für Schulentwicklung gemeinsam mit weiteren Ämtern und Diensten der Stadt sowie den Kölner Schulen und der Schulaufsicht das „Unterstützungsnetzwerk Inklusive Schule“ (UNIS).

Am 9. November 2015 fand die Auftaktveranstaltung für UNIS im Stadtbezirk Mülheim in der Förderschule Berliner Straße statt. Mit dieser Veranstaltung wurde den Mülheimer Schulen das Angebot von UNIS in Mülheim erläutert und es wurde in Arbeitsgruppen an den aktuellen Herausforderungen gearbeitet sowie nächste Schritte vereinbart. Für den Stadtbezirk Mülheim wurde Ende Juli 2015 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Köln, der Förderschule Berliner Straße im Stadtbezirk Mülheim und der Schulaufsicht geschlossen. In der Kooperationsvereinbarung werden Aufgaben und Rollen der beteiligten Partner konkret geregelt. Seitens der Stadt Köln beteiligen sich das Amt für Schulentwicklung, das Amt für Kinder, Jugend und Familie, der Schulpsychologische Dienst sowie das Gesundheitsamt. Insbesondere für Mülheim konnte mit UNIS ein Rahmen geschaffen werden, mit dem die im Modellprojekt „Kompetenzzentrum sonderpädagogische Förderung“ aufgebauten Strukturen neu aufgenommen sowie die gesammelten Erfahrungen weiterentwickelt werden können. Es wird als erste Maßnahme eine UNIS-Steuergruppe für den Stadtbezirk Mülheim eingerichtet. Zudem werden die bereits im Stadtbezirk erprobten regelmäßigen „Stopp-Tage“ für SonderpädagogInnen sowie LehrerInnen im Gemeinsamen Lernen fortgeführt. Bei allen TeilnehmerInnen fand die Veranstaltung großen Anklang, denn der Bedarf nach Erfahrungsaustausch und kollegialer Beratung zum Thema „Gemeinsames Lernen“ ist bei vielen LehrerInnen sehr groß. Das Amt für Schulentwicklung hofft, dass es in 2016 gelingt, auch in weiteren Stadtbezirken Kooperationsvereinbarungen abzuschließen. Konkrete Anfragen seitens der Schulen liegen bisher aus den Stadtbezirken Kalk und Ehrenfeld vor.

EINLADUNG

Supervision für Lehrerinnen und Lehrer

LehrerInnen empfinden sich oft als EinzelkämpferInnen und sind bemüht, Schwierigkeiten allein und fehlerfrei zu bewältigen. Ob Unsicherheit, Unzufriedenheit mit sich selbst, Probleme im Umgang mit SchülerInnen oder mit der Schulleitung – mit ihren beruflichen Sorgen bleiben LehrerInnen häufig allein.

Insbesondere ReferendarInnen und BerufsanfängerInnen fühlen sich häufig einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt und stehen im Rahmen ihrer dienstlichen Beurteilungen in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis. Aber auch das Gefühl, von den Kollegen als «Anfänger» kritisch beäugt zu werden, führt oft zu Unsicherheiten und Belastungen. Gerade auch für diese Gruppe soll das Supervisionsangebot der GEW eine Unterstützung darstellen.

In der Supervision werden berufliche Probleme aufgegriffen, um dann gemeinsam in der Gruppe nach Lösungen zu suchen.

Durch die Reflektion des eigenen Handelns erfahren LehrerInnen Stärkung in ihrer beruflichen Rolle sowie persönliche Entlastung.

Die GEW bietet zwei Supervisionsgruppen an, die sich alle 3-4 Wochen jeweils dienstags bzw. donnerstags treffen. Die Termine werden mit den TeilnehmerInnen und dem Supervisor jeweils für 4 Termine beim 1. Treffen vereinbart.

Kosten für 4 Termine: GEW-Mitglieder 40 Euro
Nichtmitglieder 80 Euro

Moderiert werden die Gruppen von Frank Schneider (Systemischer Supervisor (SG) und IBSO-Köln).



Mogelpackung DBB Entgeltordnung

Quelle: Info der GEW-Fraktion des PR Förderschulen

Die letzte Tarifrunde hatte zwei Ergebnisse: Positiv ist, dass die Tabellentarife erhöht wurden und geplante Verschlechterungen in der Zusatzversorgung abgewehrt werden konnten. Dies wurde einheitlich von den DGB-Gewerkschaften und den Beamtenverbänden getragen.

In Sachen LEGO (Lehrerentgeltordnung) konnte kein Ergebnis erzielt werden.

Im Alleingang wurde vom Beamtenbund und seinen Mitgliedsverbänden ein Tarifvertrag zur Eingruppierung geschlossen.

Warum bezeichnet die GEW diesen Abschluss als Mogelpackung?

- Die Arbeitgeber entscheiden weiterhin einseitig über die Bezahlung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte.
- Minimale Zulagen von 30 Euro für die EG 9 bis EG 11 erst ab 01.08.2016, weitere Erhöhungen nicht absehbar.
- Keinerlei Verbesserungen in der Eingruppierung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Förderschulen: im Vergleich zu Vertretungskräften ohne Hochschulabschluss (EG 10) werden sie äußerst schlecht (EG 9 Z lange Stufenlaufzeit) bezahlt.
- Zum Teil erheblich längere Stufenlaufzeiten.
- Bessere Eingruppierung für einige aber auch Verschlechterungen für Nichterfüller; gleichbleibend schlechte Bezahlung von Lehrkräften an Förderschulen mit anderem Lehramt.
- Diese „Entgeltordnung“ gilt nur für Lehrkräfte, das bedeutet: Handwerker, Sozialpädagogen, Fachkräfte für Schulsozialarbeit profitieren nicht von Veränderungen.

Der Abschluss, den der Beamtenbund unterschrieben hat, ist erbärmlich: € 30,- brutto, d.h. großzügig gerechnet knapp € 20,- netto mehr pro Monat für EG 9 bis EG 11. Ein bahnbrechender Erfolg sieht an-

ders aus gerade angesichts der Unterschiede zwischen Beamtenbesoldung und Tarifbezahlung, die bei € 300,-netto (und mehr) monatlich liegen. Das kann nicht als Einstieg in eine gerechtere Bezahlung von Beamten und Tarifbeschäftigten bezeichnet werden. Dafür hat sich der DBB (und damit auch der VBE) 4 (!) Jahre Friedenspflicht eingehandelt. Wenn die GEW weitere Maßnahmen für eine wirklich bessere LEGO angeht, stehen der Beamtenbund und seine Mitglieder außerhalb der Forderung nach Verbesserungen und dürfen nicht mit streiken. Die Spaltung der Beschäftigten ist der Sache nicht dienlich.

Die GEW war kompromissbereit, aber sie war nicht bereit, einen Tarifvertrag zu unterschreiben, der nicht einmal gewerkschaftliche Mindestforderungen erfüllt!

Dieses zweifelhafte Machwerk will nun der Arbeitgeber allgemeinverbindlich werden lassen.

Gerecht geht anders – zumindest die GEW kämpft weiter für einen Tarifvertrag, der diesen Namen verdient!

Besoldungsgesetz verabschiedet

Lang hat es gedauert. Am 8 Dezember 2015 wurde das „Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen“ nach Beschlussfassung im Landtag veröffentlicht. Der DGB und die Gewerkschaften GEW, GdP und Verdi hatten sich mit der Landesregierung auf folgende Schritte geeinigt: Die Besoldungsanhebung um 2,1% erfolgt(e) zum 1. Juni 2015. Der nächste Anhebungsschritt um 2,3%, mindestens aber um 75 Euro, erfolgt zum 1. August 2016. Jeweils 0,2 Prozentpunkte gehen wie bisher in die Versorgungsrücklage des Landes zur Sicherung der Pensionsleistungen.

Überleitung bei Befristung

Die GEW informierte bereits über die Möglichkeit der Überleitung befristet Beschäftigter in den Tarifvertrag zur Entgeltordnung und Eingruppierung der Lehrkräfte (TV EntgO-L, abgeschlossen zwischen dem Deutschen Beamtenbund und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder) und zur Beibehaltung ihrer Entgeltgruppe bei der Überleitung.

Die GEW hat den Tarifvertrag nicht abgeschlossen – dennoch wendet das Land NRW diesen auf alle Tarifbeschäftigten an.

Das MSW gab mit einem Erlass vom 24.11.2015 bekannt, dass nun auch ein Schulwechsel nicht entscheidend für eine Verschlechterung der bisherigen -besseren - Eingruppierung, sein darf. Das MSW konkretisiert hier die Voraussetzung „die Bedingungen der unverändert auszuübenden Tätigkeit“ für diejenigen, die in Fortsetzung ihres befristeten Arbeitsvertrages vor den Sommerferien 2015 einen weiteren (befristeten oder unbefristeten) Vertrag erhalten.

In Kürze zusammengefasst:

1. Befristet Beschäftigte, die vor dem 1.08.2015 bereits befristet beschäftigt waren, dürfen nicht schlechter eingruppiert werden als vorher. Auch bei einem neuen Arbeitsvertrag gilt, dass sie ihre alte (bessere) Eingruppierung behalten. Wichtig ist dabei, dass die Unterbrechung zum vorherigen befristeten Vertrag lediglich die Sommerferien umfasst und die Tätigkeit sich nicht ändert.

2. Ein Schulwechsel oder ein Wechsel der zu vertretenden Lehrkraft bedeutet keinen Wechsel der Tätigkeit - der Anspruch auf die vorherige Eingruppierung nach altem Recht bleibt bestehen.

Die GEW sagt:

Auch dies ist wieder einmal ein gutes Beispiel dafür, dass es nicht nur Verbesserungen in dem Tarifvertrag gibt, sondern auch gravierende Verschlechterungen für einige Beschäftigtengruppen! Einer der Gründe, warum die GEW den Tarifvertrag nicht unterschrieben hat. Befristet Beschäftigte, die von dieser Regelung betroffen sind und deren Eingruppierung fälschlicherweise nach dem TV EntgO-L erfolgt ist, sollten sich zur Beratung an ihren zuständigen Personalrat wenden.

Schlechtere Bezahlung für Neueingestellte

Die Herausforderungen im Rahmen der Veränderungen in der Schuleingangsphase, die steigenden Anforderungen durch Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf und die Unterstützung und Förderung von geflüchteten und zugewanderten Kindern müssen mit einer besseren Bezahlung der sozialpädagogischen Fachkräfte einhergehen. Dies fordert die GEW seit Jahren.

Tarifvertrag mit schlechterer Eingruppierung für Neueingestellte ist ein Skandal!

Der Deutsche Beamtenbund und seine Mitgliedsverbände, u.a. der VBE, haben Ende März einen Tarifvertrag mit den Arbeitgebern (Tarifgemeinschaft deutscher Länder TdL) abgeschlossen, der der GEW-Forderung völlig widerspricht: Ab dem 1. August 2015 erhalten neu eingestellte sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase eine Entgeltgruppe weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen, die schon im Dienst sind: Statt der EG 10 erhalten die Neuen ab sofort nur noch die EG 9! Für die bereits beschäftigten Kolleginnen und Kollegen ändert sich nichts, es bleibt bei der besseren Eingruppierung.

Die GEW hat diesen Tarifvertrag (Tarifvertrag über die Eingruppierung und Entgeltordnung für tarifbeschäftigte Lehrkräfte der Länder, TV EntgO-L) nicht unterschrieben!

Alle Kinder brauchen eine bestmögliche inklusive Unterstützung und Förderung gerade in der Schuleingangsphase. Sozialpädagogische Fachkräfte sind in hohem Maße an dem Erfolg einer inklusiven Beschulung von Kindern mit Förderbedarf und geflüchteten Kindern beteiligt. Die Arbeitgeber und dbb / VBE haben es nun geschafft, die Wertschätzung der sozialpädagogischen Arbeit durch eine wesentlich schlechtere Eingruppierung herabzusetzen! Wer hohe Anforderungen stellt, muss sie auch entsprechend bezahlen und nicht auf Kosten der Bildung sparen!

Die GEW setzt sich weiter für eine bessere Bezahlung aller sozialpädagogischen Fachkräfte ein!

COPSOQ

Copenhagen Psychosocial Questionnaire

30 Minuten für den Gesundheitsschutz an Schulen

Gibt es Phasen während des Schulalltags, in denen Sie sich erholen können?

Fühlen Sie sich von den Eltern unterstützt?

Leiden Sie unter stressbedingten Krankheits-symptomen?

Um Fragen dieser Art geht es bei COPSOQ, einer umfangreichen Befragung zur psychosozialen Belastung von LehrerInnen. Diese Befragung wird ab Februar 2016 im Regierungsbezirk Köln durchgeführt. Die Befragung ist seriös, die persönlichen Daten werden geschützt und nur anonym weiterverarbeitet. Auch in kleinen Systemen ist eine persönliche Identifizierung nicht möglich.



Ulrich Schneider (Hg.)

Warum Armut in Deutschland geleugnet wird.
Von echten Nöten und neoliberalen Mythen.

Es wird ein erbitterter Kampf in Deutschland geführt. Emotionen kochen hoch, Kritik wird persönlich. Vordergründig geht es um Definitionen und wissenschaftliche Methoden – tatsächlich aber um knallharte Interessenpolitik. Es ist die Armut in unserem Land, um die verbissen gestritten wird. Je größer sie wird, umso hartnäckiger wird sie geleugnet von denen, die ihren Reichtum oder ihre Macht bedroht sehen.

Christoph Butterwegge, Stefan Sell, Friedhelm Hengsbach, Rudolf Martens und Ulrich Schneider – einige der renommiertesten Kritiker dieses neuen neoliberalen Mainstreams liefern in diesem Buch brillante Analysen und engagierte Plädoyers gegen Ausgrenzung, aber für eine Gesellschaft, die keinen zurücklässt.

Drei gute Gründe, sich an der Befragung zu beteiligen:

1. Zeigen Sie dem Land NRW als Arbeitgeber, wo die Probleme liegen.

Diese Befragung ist wichtig, denn der Arbeitgeber, das Land NRW, ist verpflichtet, für einen ausreichenden Gesundheitsschutz zu sorgen. Dazu zählt auch die psychische Gesundheit. Auf einer gesicherten Datenbasis können Personalräte und GEW strukturelle Problembereiche im Schulalltag identifizieren und für Verbesserungen kämpfen. Lösungen, die einzig bei der Verhaltensänderung des Einzelnen ansetzen, wird die GEW nicht akzeptieren. Beantworten Sie die Fragen deshalb ehrlich und beschönigen Sie im Interesse aller Lehrkräfte nichts.

2. Machen Sie Gesundheit zum TOP-Thema der Schulentwicklung.

Die Ergebnisse der Befragung werden den Schulen als Schulauswertung in allgemeiner, anonymer Form zugänglich gemacht. Nutzen Sie COPSOQ, um Gesundheit zum Thema an Ihrer Schule zu machen. Schauen Sie genau, was an Ihrer Schule verbessert werden kann, um z.B. den Schulalltag zu entschleunigen oder um Lärm und Stress zu verringern. Schulen können zwei Unterrichtstage pro Schuljahr ganztägig zur internen Fortbildung nutzen (ADO § 11 Satz 4). Gesundheitsförderung darf kein Randthema der Schulentwicklung sein.

3. Sorgen Sie für sich selbst!

Eine Sofortauswertung zeigt Ihnen, wie groß Ihre eigene Belastung im Vergleich zur Referenzgruppe ist. So erkennen Sie, wo individueller Handlungsbedarf besteht. Denn Ihre eigene Gesundheit hat Vorrang. Die GEW begleitet die COPSOQ-Erhebung kritisch-konstruktiv und wird aus den Ergebnissen konsequent die notwendigen politischen Forderungen im Interesse der Lehrkräfte ableiten.

Frühkindliche Bildung braucht Zeit

ErzieherInnen in ihrer Arbeit stärken und entlasten

Auszüge aus der Stellungnahme der GEW NRW zum Antrag der Fraktion der CDU bei der Anhörung von Sachverständigen am 19. November 2015

Seit Jahren vertritt die GEW die Ansicht, dass Erzieherinnen und Erzieher für ihre Arbeit deutlich bessere Rahmenbedingungen benötigen. Die Zunahme der Aufgaben, die im Antrag beschrieben wird, verändert und erschwert die Tätigkeit des Personals in den Kindertageseinrichtungen. [...]

Strukturqualität und ErzieherInnengesundheit in Kindertageseinrichtungen

Wir weisen in diesem Zusammenhang mit Nachdruck auf die besorgniserregenden Ergebnisse über die Gesundheitsbelastungen der pädagogischen Fach- und Leistungskräfte aus der STEGE-Studie hin. Die Studie zeigt eindeutige Zusammenhänge zwischen den strukturellen Rahmenbedingungen in Kitas und dem Gesundheitszustand der pädagogischen Fachkräfte auf: zu wenig Zeit, räumliche, finanzielle und personelle Ausstattungsmängel, geringe Arbeitsplatzsicherheit, keine festen Pausenzeiten, aber auch fehlende Teambesprechungen oder fehlende Supervisionsangebote erhöhen das Risiko für verschiedene gesundheitliche Beeinträchtigungen. Diese Situation ist nicht tragbar und verlangt nach Lösung des Gesetzgebers.

Die GEW erwartet, dass die vorliegenden Studien systematisch ausgewertet werden, um die Rahmenbedingungen frühkindlicher Bildung den Erfordernissen anzupassen.

Hierzu gehören:

- Eine verbesserte Personal-Kind-Relation, die bei Ausfällen durch Vertretungen sicherzustellen ist. Die GEW fordert einen Personalschlüssel von 1:2 für Kinder von 0 bis 1 Jahr, 1:3 für ein- bis dreijährige Kinder, 1:8 für drei- bis fünfjährige Kinder, 1:10 für Kinder ab 6 Jahren.
- Eine generelle Freistellung von Leitungskräften.
- Zusätzliches Personal für Einrichtungen mit besonderen Aufgaben (hoher Sprachförderbedarf, hoher Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund,

hoher Anteil von Kindern aus Familien mit geringen Einkommen, Kinder aus Flüchtlingsfamilien, Kinder mit besonderem Förder- und Unterstützungsbedarf) nach gleichen Kriterien für alle.

- Ein deutlich höherer Anteil von Verfügungszeiten an der Arbeitszeit des pädagogischen Personals, um den Anforderungen an Vorbereitung, Beobachtung, Dokumentation, Beratung, Kooperation und Vernetzung gerecht werden zu können. 25 Prozent der Arbeitszeit müssen für „mittelbare pädagogische Arbeit“ eingesetzt werden.
- Verbindlich geregelte Zeitkontingente für Fortbildungen einschließlich der Bereitstellung der Finanzierung.
- Unterstützung bei der Schaffung verbesserter räumlicher Rahmenbedingungen und sächlicher Ausstattung, um auch hier den gestiegenen Anforderungen, u.a. durch die Inklusion, gerecht werden zu können.
- Auch wenn die Bezahlung des pädagogischen Personals von den Tarifvertragsparteien verhandelt wird, weist die GEW darauf hin, dass der Beruf der ErzieherInnen auch finanziell attraktiver zu gestalten ist, um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und junge, engagierte Menschen für den Beruf zu gewinnen.

Die GEW erwartet eine Vereinfachung der Verwaltung durch die Zusammenfassung der zahlreichen Budgets (Sprachförderung, plusKITA, Frühe Chancen, zusätzliche U3-Förderung etc.), um die Einrichtungen und Träger von unnötigen Verwaltungsaufgaben zu befreien.



Neue GEW-Broschüre



von Hildegard Merten

„Teilzeit - Befristet - Schlecht bezahlt!“ Das ist der Titel einer 12-seitigen GEW-Broschüre über die Situation des Offenen Ganztags in Köln. Neben einer Zusammenstellung von Zahlen und Fakten zur Entwicklung der OGS in Köln kommen Beschäftigte zu Wort. Unter dem Stichwort „Ich arbeite gern im Offenen Ganztags, aber ...“ wird in Berichten von MitarbeiterInnen deutlich, wie widersprüchlich die Entwicklung aus Sicht der Beschäftigten ist und wie sehr der pädagogische Anspruch und die Wirklichkeit im Offenen Ganztags auseinanderklaffen. Gleichzeitig ist dieser Bereich einer der prekären im Bildungssystem. Teilzeit, befristet und schlecht bezahlt sind die Merkmale. Die meisten der Kölner OGS-Beschäftigten kommen ohne einen Zweitjob oder eine/n besser verdienende/n PartnerIn nicht über die Runden. Dabei ginge es auch anders: Der Kölner AK OGS hat ausgerechnet, wie hoch die Zuschüsse für den Offenen Ganztags sein müssten, damit die Beschäftigten nach Tarif (TVöD) bezahlt werden könnten. Das Ergebnis und die Berechnungsgrundlage sind in der Broschüre erläutert. Auch die Argumente für die Befristungspraxis der Träger entfielen, wenn die Kooperationsverträge nicht mehr jährlich befristet wären, und wenn die OGS als inzwischen fester und unverzichtbarer Bestandteil des Bildungssystems in NRW in das Schulgesetz aufgenommen würde.

Die Berichte und Texte sind mit Kommentaren aus Sicht der GEW versehen und informieren über die GEW-Forderungen für eine bessere OGS. Eine zweite Veröffentlichung ist an die Eltern adressiert. Ein Elternleitfaden zur OGS soll Eltern bei der Wahl einer OGS unterstützen und sie auch für die Situation der Beschäftigten sensibilisieren. Der Leitfaden soll über die Kitas den Eltern zur Verfügung stehen, die ihre Kinder demnächst einschulen. OGS-Broschüre und Elternleitfaden können über die Kölner Geschäftsstelle bezogen oder im Netz heruntergeladen werden:

www.gew-koeln.de/Schule/Ganztags

GEW-Kandidatin für den Kita-Personalrat

von Hildegard Merten

Nicht nur an den Schulen werden in diesem Frühjahr die Personalräte neu gewählt. Erstmals gibt es zwischen ver.di und der Kölner GEW eine feste Vereinbarung, dass auch eine GEW-Kandidatin für den städtischen Kita-Personalrat auf der ver.di-Liste kandidieren kann. Es gab mehrere InteressentInnen für diesen Platz. Am 16. November wählte der AK Kita die Kollegin Eva Aryabi als ihre Kandidatin. Sie arbeitet an einer integrativen Kölner Kita, ist langjähriges GEW-Mitglied und bringt Erfahrungen aus ihrer Arbeit als Mitglied in einer „Mitarbeitervertretung“ in Bayern mit. Sie wird in der nächsten Ausgabe ausführlich vorgestellt.



Mitgliederversammlung

von Angela Bankert

Rund 50 KollegInnen fanden den Weg zur Kölner Mitgliederversammlung, um in Vorbereitung des NRW Gewerkschaftstags im April 2016 Delegierte zu wählen und Anträge an den Gewerkschaftstag zu beraten.

Als größtem Stadtverband in NRW mit 5.400 Mitgliedern, davon rund 70% weiblich, stehen Köln 24 Delegierte zu. Die gewählten Delegierten sind im Kasten 1 in der Reihenfolge ihrer erhaltenen Stimmen aufgelistet.

Die Sprach- und Integrationslehrkräfte der Fachgruppe Weiterbildung waren in der letzten Zeit sehr aktiv gegen ihre prekären Beschäftigungsverhältnisse. Max-Georg Beier brachte drei Anträge der Fachgruppe ein und berichtete von einer Veranstaltung mit den Ratsfraktionen sowie einer erfolgreichen Demonstration mit 200 Honorarkräften in Köln. Die Versammlung verabschiedete eine Erklärung mit der Aufforderung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Trägerpauschalen für Integrationskurse gemäß den Berechnungen des VHS-Verbands in Höhe von 51 Euro pro Teilnehmer anzusetzen, damit die DozentInnen angemessen bezahlt werden können. Weiterhin wurde die Diskussion um die Entgeltforderung der GEW für Honorarkräfte neu angestoßen, da die bisher auf Bundesebene erhobene nicht ausreichend erscheint. Vorrangig setzt sich die GEW für Festanstellung der Sprach- und Integrationslehrkräfte ein, da es im Einwanderungsland Deutschland um eine Daueraufgabe geht. Die Eingruppierung muss der für Lehrer an Schulen entsprechen, z. B. an Berufsschulen. Bei gewünschter Freiberuflichkeit muss das Honorar der Leistung angemessen sein, inklusive der Beteiligung des Arbeitsgebers an Sozialversicherungsbeiträgen und Absicherung im Krankheitsfall. Honorarkräfte, die mehr als 50 Prozent ihrer Tätigkeit z.B. bei der VHS verrichten, sollen als arbeitnehmerähnliche Personen unter das Mitbestimmungsrecht der Personalräte fallen. Außerdem sprach sich die Versammlung dafür aus, dass die Zuständigkeit für Integrationskurse künftig nicht mehr

beim BAMF, sondern bei den Kultusministerien der Länder angesiedelt wird. Ebenfalls drei Anträge lagen zum Thema Tarifvertrag für Angestellte Lehrkräfte (L-EGO) vor. Ines Bartenstein brachte einen Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses ein,

der den Landesverband auffordert, eine Konferenz der Tarifbeschäftigten Lehrkräfte auf Landesebene durchzuführen, um über Forderung und Strategie zu beraten. Verbunden werden soll die Konferenz mit einem personenbezogenen Streikaufruf für die tarifbeschäftigten TeilnehmerInnen, um eine gute Beteiligung zu erreichen und dadurch bereits eine erste Aktion durchzuführen. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit verabschiedet, ebenso wie die beiden von Peter Heim eingebrachten Anträge des AK Angestellte Lehrkräfte, die eine Ausweitung der finanziellen Mittel der GEW für Tarifarbeit sowie eine Eingruppierungsforderung orientiert an der EG 14 als „Eck-Entgeltstufe“ fordern.

Aus dem Bereich KiTa berichtete die Vorsitzende der Fachgruppe Brunhilde Seeber, dass es erstmalig gelungen ist, in Verhandlungen mit ver.di eine GEW-Kandidatin auf der ver.di-Liste zu den 2016 durchzuführenden KiTa-Personalratswahlen zu platzieren. Die GEW wird die Kollegin Eva Aryabi aufstellen. Zum Thema Inklusionskampagne des Stadtverbands berichtete Guido Schönian über die bisherigen Aktivitäten der Kampagne-Arbeitsgruppe. Erster Schritt ist die Materialsammlung für ein „Schwarzbuch Inklusion“, für die eine Unter-Webseite beim Stadtverband eingerichtet wurde. (siehe Kasten 2). Eine Aktion beim Schulausschuss des Landtags ist in Vorbereitung. Mit Mehrheit verabschiedet wurde der Antrag, auf Landesebene eine Kampagne für die Forderung „20-5-2“ anzustoßen.



Als einziger einstimmig angenommen wurde der Antrag der Fachgruppe Hochschule und Forschung (HuF), den Klaus Herrman einbrachte und der sich ausführlich mit der unhaltbaren Situation der Lehrkräfte für besondere Aufgaben in der LehrerInnenausbildung an den Unis befasst. Der Antrag fordert vom Landesverband eine Kampagne für Dauerstellen in diesem Bereich ein.

Zum Thema Recht auf Asyl verabschiedete die Mitgliederversammlung einen von Henning Frey eingebrachten Antrag der Schulgruppe Nicolaus-August-Otto-BK, der gegen Abschiebung und gegen die Verschärfung des Asylrechts Stellung bezieht und den Stadtverband beauftragt, eine Veranstaltung gegen die Asylrechtsverschärfung zu organisieren. Auch der zweite Antrag der Schulgruppe, der eine Stellenzuweisung entsprechend dem wirklichen Bedarf und die Umwandlung von befristeten in Dauerstellen fordert, wurde verabschiedet.

Gegen Diskriminierung im Bildungsbereich fand ein Antrag von Bodo Busch die Mehrheit, der ein Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene fordert, welches die Lücke schließen soll, das durch die Bundesgesetzgebung zwar die Beschäftigten erfasst werden, nicht jedoch die Kinder/SchülerInnen in den Bildungseinrichtungen.

Ein Antrag von Süleyman Ates, das Fach Praktisch Philosophie als Pflichtfach einzuführen, wurde mit der Ergänzung „anstelle des Religionsunterrichts“ angenommen.

Zum Schluss sprach sich die Versammlung einhellig dafür aus, der Initiative „Kölner helfen Schulen in Kobanê“ zu unterstützen.



Wahlergebnis der 24 Delegierten und Ersatzdelegierten des Stadtverbandes Köln zum Gewerkschaftstag 2016 und zum Zwischengewerkschaftstag gemäß der satzungsgemäßen Quotierung:

Merten, Hildegard
Oberhäuser, Christine
Bankert, Angela
Raabe, Wolfgang
Hermann, Klaus
Kellermann, Ursula
Beier, Max-Georg
Kleifgen, Beate
Ates, Süleyman
Eilers, Frauke
Mackenbach, Martin
Achilles, Hildegard
Balfer, Werner
Fladerer, Alexander
Caspers, Eva
Busch, Bodo
Celik, Ayla
Ridder-Padberg, Thomas
Wichmann, Heike
Hoheisel-Adejolu, Elke
Hurtz, Christina
Heim, Peter
Weinberger-Brümmer, Silke
Kuhlmann, Johannes

1. Ersatzdelegierter:
Schönian, Guido

2. Ersatzdelegierter:
Frey, Henning

Gelungenes Fest zur Ehrung der Jubilare

von Angela Bankert

Rund 100 Jubilare und Gäste kamen Ende November 2015 ins Bürgerhaus Stollwerck in die Kölner Südstadt zur Jubilarfeier der GEW Köln. Geehrt wurden diejenigen Mitglieder, die im Zeitraum 2014/2015 seit 25, 40 oder 50 Jahren und länger Mitglied der GEW bzw. einer DGB-Gewerkschaft sind. Durch den Abend führten die Vorstandsmitglieder Beate Kleifgen und Wolfgang Raabe. Sie überreichten allen anwesenden Jubilaren die Anerkennungsurkunde und eine Anstecknadel. Dazu gab es als kleines Geschenk eine feuerrote GEW Thermoskanne.

Ein Höhepunkt war die Ehrung des Kollegen Willi Kämper, der seit 59 Jahren gewerkschaftlich organisiert ist. Er war seit 1961 als Lehrer an der heutigen Ernst-Moritz-Arndt-Grundschule tätig und leitete sie seit 1968 bis zur Pensionierung im Juni 1994. Während seiner Zeit öffnete sich 1989 die EMA für den gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht-behinderter Kinder. Festrednerin war die GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. In ihrer Ansprache bedankte sie sich bei den Jubilaren für ihre langjährige Treue zur GEW und betonte die Bedeutung, die ehrenamtliche und nachhaltige Mitarbeit für eine lebendige Gewerkschaft hat. Die kulturelle Einlage gab der Kabarettist Benjamin Eisenberg aus Bottrop, der u.a. Stilblüten von SchülerInnen vortrug sowie in einem Parforce-Ritt die Kanzler der deutschen Nachkriegsgeschichte persiflierte. Bei warmem und kaltem Büffet, Wein und Bier genossen viele Gäste die Auffrischung von Kontakten und das Gespräch mit Tischnachbarn sowie ehemaligen KollegInnen.

Der Abend kam gut an. Heidtrud und Hartmut Bindig schrieben uns: „Schon beim Reinkommen bemerkten wir, wie liebevoll ihr den Raum dekoriert hattet. Das Programm mit dem jungen Kabarettisten hat uns sehr gefallen. Die leckeren Getränke und das gute Essen haben das Fest wunderschön abgerundet.“ Unser Dank gilt dem Vorbereitungsteam in der Geschäftsstelle und dem Helferteam am Abend, das noch bis Mitternacht aufräumte

Vorankündigung

Jahreshauptversammlung
Mittwoch, 27. April 2016, 18 Uhr

Referent:

Wolfgang Uellenberg-van Dawen,
Sprecher des Kölner Runden Tisches für
Integration.

Er spricht zum Thema
Aktuelle Flüchtlingspolitik in Köln

Informationen des Wahlvorstandes:

Neuwahl der Referenten des
Geschäftsführenden Ausschusses (GA)

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung werden die ReferentInnen für den GA (bis zu 11 Mitglieder) neu gewählt.

Gemäß Satzung müssen die **KandidatInnen hierfür bis 4 Wochen vor dem Wahltag benannt sein.** Wer für den zukünftigen GA kandidieren möchte, muss dem Wahlvorstand ihre/seine Kandidatur **mit schriftlicher Einverständniserklärung bis zum 30. März 2016** bekannt geben.

Der Wahlvorstand wird dann unverzüglich die Namen der KandidatInnen und alle weiteren Informationen auf der Homepage der GEW Köln zur Information der Mitglieder einstellen.

Mitglieder, die an der JHV nicht teilnehmen können, haben die Möglichkeit der Briefwahl. Die Rücksendung der Wahlzettel muss bis Mittwoch, **den 11. Mai 2016** um 18 Uhr erfolgt sein. Auf der JHV kann auch direkt eine Urnenwahl erfolgen.

Wahlvorstand der GEW

Stadtverband Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln

Wer als KandidatIn Interesse hat, sich auch im forum vorzustellen, muss die entsprechenden Unterlagen (Foto und Kurzvorstellung) schon bis zum 12. Februar 2016 (Redaktionsschluss des forum 2/16) einreichen.

Bei allen Veranstaltungen der Fachgruppen und Arbeitskreise sind Interessierte aus anderen Schulformen und Bildungsbereichen herzlich willkommen.

Alle Veranstaltungen finden, wenn nicht anders angegeben, statt im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1,

Fachgruppentermine, die nach Redaktionsschluss eingehen, sind im Internet zu finden unter www.gew-koeln.de

FG Kita

Montag, 15.2.2016 um 18.30 Uhr
Tagungsraum
Brunhilde Seeber, Tel.: 0163/9158338

FG Grundschule

Treffen der Bezirksfachgruppe
Dienstag, 2.2.2016, 16.30 Uhr
Tagungsraum im DGB-Haus
Beachte Hinweis auf die Fortbildung S. 25
Wolfgang Raabe, Tel.: 02203/51342
Martina Schütte, Tel.: 02236/321318

FG Hauptschule

Montag, 15.2. 2016, 17.30 Uhr
Kleine Sitzungszimmer im 1. OG des DGB-Hauses
Wir werden uns in dieser Runde erst einmal vorstellen. Wenn euch bereits ein Thema „unter den Nägeln brennt“, teilt uns dieses doch einfach per E-Mail mit.
Karin Distler, E-Mail: karin.distler@gmx.net
Claudia Seidel,
E-Mail: claudia.seidel1209@googleE-Mail.de

FG Sonderpädagogische Berufe

Heiner Brokhausen, Tel.: 02227/830567
Heinz-Jürgen Kaiser, Tel.: 0221/6161828

FG Realschule

Maria Backhaus Tel.: 0221/16932167
Katrin Reininghaus Tel.: 0221/331647
Elke Görden-Schmickler Tel.: 0221/419327

FG Gymnasium

Beachte Hinweis auf den Workshop S. 24
Dr. Alexander Fladerer, Tel.: 0221/4305633
Andreas Haenlein, Tel.: 0221/9458678
Heike Wichmann, Tel.: 0221/422354
Gudrun Skeide-Panek, Tel.: 02232/29833

FG Gesamtschule

Donnerstag, 18.2.2016
Großer Tagungsraum
Peter Heim, Tel.: 0221/743094
Werner Balfer, Tel.: 0221/745180

FG Berufskolleg

Dimitrios Konstantinidis, Tel.: 02175/8897946

FG Weiterbildung

Max-Georg Beier, E-Mail: maxbeier@hotmail.com

FG Hochschule und Forschung

Da unsere Arbeitszeiten stark variieren, haben wir keinen festen monatlichen Termin. Auf Anfrage teilen wir euch aber gerne mehr über unsere Arbeit und/oder Ort und Datum des nächsten Treffens per E-Mail mit.
Anne Klein, E-Mail: anne.klein@uni-koeln.de

AK Offener Ganzttag

Montag, 22.2.2016, 18 Uhr
Max-Georg Beier, E-Mail: maxbeier@hotmail.com
Hildegard Merten, E-Mail: hi-merten@web.de

AK LehrerInnen und ErzieherInnen von Migrantenkindern (LEMK)

Der Arbeitskreis LEMK trifft sich gemeinsam mit den Arbeitsgruppen HSU und Seiteneinsteigerklassen (Internationale Förderklassen) jeden 1. Montag im Monat. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.
Beate Kleifgen, E-Mail: beatekleifgen@web.de
Helena Rohm-Schnak, E-Mail: helnorosch@unity-box.de
Hasan Taskale, Tel.: 02204-55869

AK Schulentwicklung

Klaus Minartz,
E-Mail: Klaus.Minartz@netcologne.de

AK Inklusion

Auswertung der Onlinebefragung
Donnerstag, 18.2.2016, 19 Uhr
Uschi Kellermann, Tel.: 0221/16846200

AK Schulsozialarbeit

Johannes Vogel, E-Mail: ijvogel@t-online.de
Lutz Schörken-Koch, E-Mail: luschko@web.de

AK Betriebsräte/Mitarbeitervertretungen

Nina Goerges, Tel.: 0221/516267
Unsere Hotline für Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen:
betriebsraete@gew-koeln.de ist jederzeit erreichbar.

AK Homosexueller Lehrerinnen und Lehrer

Wir treffen uns jeden 1. Donnerstag im Monat zum Austausch über die berufliche und persönliche Situation und alles, was mit dem Thema „Schwule und Schule“ zu tun hat. Wir sind auch offen für lesbische Lehrerinnen.

Am ersten Donnerstag im Februar (Weiberfastnacht) wird Köln im Ausnahmezustand sein. Da wäre ein AK-Treffen zwecklos.

Donnerstag, der 11.2. ist der nach Aschermittwoch, da bietet sich an, sich zum Fischessen zu verabreden: muss noch organisiert werden! 19 Uhr, Ort auf Anfrage.

Donnerstag, 3. März, 19 Uhr, im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Seminarraum (Erdgeschoss):

Schwule Lehrer und HIV-Prävention in der Schule: besondere Kompetenz oder abzulehnendes Stigma? Über die Schulprävention der Aidshilfe Köln, und was man sich dabei als Rolle von schwulen Lehrern vorstellen kann, berichtet Attila Cakar. Frank Pohl wollen wir fragen, inwieweit HIV ein Thema bei „Schule der Vielfalt“ ist.

Bodo Busch, E-Mail: bodo.busch@netcologne.de
Björn Kiefer, E-Mail: b.kiefer1@gmx.de

AK Angestellte Lehrkräfte

Montag, 29.2.16 um 18 Uhr
großer Saal im DGB-Haus, 1. OG
Hildegard Achilles, E-Mail: abhikachilles@web.de
Christina Krautwurst,
E-Mail: christinakrautwurst@gmx.de

EINLADUNG**Körpersprache
in der Schule**

Die FG Gymnasium der GEW Köln lädt
ReferendarInnen und LehrerInnen
zu diesem Workshop ein.

**Donnerstag, 11. Februar 2016,
von 17 bis 20 Uhr
DGB-Haus Köln,
Hans-Böckler-Platz 1, großer Saal**

U-Bahn Linien 3, 4, 5

Eine passende Körpersprache verbunden mit der entsprechenden inneren Haltung und ein präsenes Auftreten sind wesentliche Wirkfaktoren in vielen schulischen Situationen. Meist vollzieht sich Körpersprache unbemerkt und unbewusst. In diesem vorwiegend auf praktische Übungen ausgerichteten Workshop werden Anregungen für ein bewusstes körpersprachliches Agieren und ein präsenes Auftreten in der Schule gegeben.

Die Übungen werden von der erfahrene
Theaterpädagogin

Claudia Timpner
durchgeführt.

Sie leitet das Institut www.kreativ-impulse.de und ist
Mitbegründerin von szenenwechsel-business-Training
mit Theatermethoden.

Eine Anmeldung ist wegen der begrenzten Teilnehmer-
zahl erforderlich:

per E-Mail an gew-koeln@netcologne.de.

Die Teilnahmegebühr für Nichtmitglieder beträgt 15 €,
für GEW-Mitglieder und StudentInnen ist die
Teilnahme kostenlos.

**TH Aktionswoche**

von Christian Helbig

Studierende sind häufig nicht über die Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen informiert. Mit der Hilfe von Popcornduft wurde dem an der TH Köln entgegen-gewirkt.

Die Qualität von Forschung und Lehre ist vielfach davon abhängig, in welchem Beschäftigungsverhältnis wissenschaftlich Mitarbeitende und Dozierende an ihrer jeweiligen Hochschule stehen. Insofern ist es durchaus im Interesse von Studierenden über die Dienstverhältnisse des akademischen Mittelbaus informiert zu sein. Nicht zuletzt, um sich solidarisch zu zeigen und eigene Zukunftsperspektiven in der Wissenschaft auszuloten. Dennoch fehlt es bei vielen Studierenden an Interesse und Wissen zu diesen Themen, was sicherlich auch auf die trocken anmutenden Inhalte von Tarifverträgen und dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) zurückzuführen ist. Gleichmaßen fehlt es an Informationen, wie sich die Wahrnehmung der Studierenden zur Beschäftigungssituation an Hochschulen insgesamt gestaltet. Die wissenschaftlich Mitarbeitenden der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften an der TH Köln nahmen dies zum Anlass, um am 4. November 2015 ein Quiz zu dieser Thematik für die Studierenden zu gestalten. Beantwortet werden konnten Fragen rund um die Befristungsdauer und die durchschnittliche Anzahl von Arbeitsverträgen sowie zum Verhältnis von befristeten und unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen an der Fakultät. Die Studierenden konnten jeweils aus drei Antwortmöglichkeiten wählen und Glasmurmeln in einen entsprechenden Behälter legen. Aufgelöst wurde das Quiz zum einen durch die Informationsgespräche, die an dem Stand immer wieder geführt wurden, und zum anderen durch kleine Popcornütten, auf denen die Lösung geschrieben standen. Der Popcornduft in den Pausen zwischen den Vorlesungen und Seminaren lockte dann auch viele interessierte Studierende an. Nach besten

EINLADUNG

Seminar des DGB-Bildungswerks

**WIR in der Grundschule
Umgang mit Mehrsprachigkeit
und Wege zur Bildungssprache**

In der Migrationsgesellschaft bewegen sich immer mehr Kinder in zwei Sprachen, bevor sie überhaupt in die Schule kommen.

Dieses Potenzial zu nutzen, verlangt von den Lehrkräften Kenntnisse über die Gelingensbedingungen im Zweitspracherwerb sowie über wirksame Maßnahmen und Methoden zur Förderung der Bildungssprache.



**2. März 2016,
10 -16 Uhr, Köln, DGB-Haus**
Seminarnummer.: D17-1168103-195

Seminarkosten:
50,00 Euro inklusive Verpflegung
und Seminarunterlagen



Wissen und Gewissen wurden die Fragen beantwortet und die Auflösungen teilweise schockiert aufgenommen. Vielen Teilnehmenden wurde deutlich, dass Wissen über die Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen ebenfalls relevant für ihren Alltag und ihre Zukunft ist. Die Aktion ist somit insgesamt gelungen und hat ihre Ziele erreicht. Sichtbar wurde auch die studentische Wahrnehmung der teilweise prekären Beschäftigungsbedingungen: Ein Großteil der Studierenden schätzte die kürzeste Vertragsdauer eines wissenschaftlich Mitarbeitenden weitaus länger ein, als dies wirklich der Fall ist.

Auflösung des Quiz

Über die Hälfte der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen sind nur befristet angestellt (oft nur mit 50%-Stellen), die kürzeste Vertragslaufzeit betrug dabei einen Monat. Wird die Stelle nicht aus Forschungsgeldern bezahlt, so darf eine wissenschaftliche Mitarbeiter*in nach dem WissZeitVG (Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft) bis zu sechs Jahre befristet angestellt werden. Danach muss sie entfristet werden. Entfristet die Hochschule den Arbeitsvertrag nicht, so endet die Anstellung mit der Vertragslaufzeit - und danach kann die Mitarbeiter*in auch an keiner anderen Hochschule in Deutschland mehr nach dem WissZeitVG arbeiten.

Wir fordern: Dauerstellen für Daueraufgaben, reguläre statt prekäre Arbeitsverhältnisse und verlässliche Perspektiven.



Mitarbeiter/in gesucht für das Hochschulinformationsbüro

Der Stadtverband Köln sucht zum 1. April 2016 eine/n engagierte/n Studierende/n als geringfügig Beschäftigte/n für Beratungs- und Vernetzungstätigkeiten für 6,5 Stunden pro Woche. Die Stelle ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Es besteht die Möglichkeit auf eine Verlängerung.

Tätigkeitsfelder

Vernetzung und Zusammenarbeit mit relevanten Stellen in den Gewerkschaften und an der Universität zu Köln

Öffentlichkeitsarbeit für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Vorbereitung, Kalkulation nach Anleitung und Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen an der Universität zu Köln

Beratung von Studierenden zum Lehramtsstudium und zum Einstieg in den Vorbereitungsdienst (in Infoveranstaltungen, Sprechstunden und per E-Mail)

Betreuung der GEW-Studierendengruppe

Teilnahme an überregionalen Fortbildungen und Vernetzungstreffen

Allgemeine Bürotätigkeiten

Fortbildung

Stoppstrategien! - Unterrichtsstörungen begegnen.

Samstag, 30. Januar 2016 10.00 - 16.00 Uhr DGB Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1 Tagungsraum Referent: Uwe Riemer-Becker, Waltrip

Inhalt der Fortbildung Klare Grenzziehungen und unbestrittene Durchsetzungsfähigkeit als Lehrkraft sind notwendig - zum Wohle der gesamten Klasse, zum Bewahren der eigenen Autorität und zum Eigenschutz. Schwerpunkt ist eine ritualisierte Methodik bei „überfallartigen“ Störungen: Eindeutige Ansagen statt langer Diskussionen / Von der Aufforderung zur Umsetzung / Machtkämpfe vermeiden/ Standfestigkeit und Rollenklarheit / Der geordnete Rückzug beim Scheitern / Unterstützung im Kollegium Anmeldung erforderlich! Per E-Mail an: kontakt@gew-koeln.de

Anmeldeschluss: 22. Januar 2016

Kosten (inkl. Verpflegung): kostenlos für GEW-Mitglieder; 10,00 EUR für Nicht-Mitglieder

Begrenztes Platzangebot!

Wir bieten:

Gute Bezahlung (13,50 € pro Stunde, geringfügig Beschäftigung mit Anmeldung bei der Minijobzentrale)
Flexible Arbeitszeiten

Abwechslungsreiches und spannendes Tätigkeitsfeld
Professionelle Schulungen
Eine sachgemäße Einarbeitung

Wir erwarten:

Verantwortungsbewusstsein, Selbstständigkeit, Offenheit und Teamfähigkeit

Interesse an gesellschaftlichen und bildungspolitischen Fragen

Bereitschaft zur Qualifizierung, Einarbeitung in die Materie und Weiterbildung

Sicherer Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationsmedien

Gewerkschaftliche Nähe

Bewerbungen von Studierenden, die Lehrerin oder Lehrer werden wollen, werden bevorzugt.

Bitte sendet eure schriftliche Bewerbung bis 26. Februar 2016 an die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Stadtverband Köln, Angela Bankert, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln

oder per E-Mail (eine pdf-Datei) an

angela.bankert@gew-koeln.de

Für Rückfragen: Martin Mackenbach

hib@gew-koeln.de

Unsere liebe Kollegin **Kathi Schürmann** hat uns nach heftiger Krankheit überraschend schnell verlassen. Mit ihrer Lebensfreude und ihrem kritisch-konstruktiven Geist, ihrer Energie und ihrer zupackenden Art hat sie unsere Arbeit in der GEW Fraktion des ÖPR Grundschule und in der Fachgruppe Grundschule immer wieder vorangebracht.

Wir werden sie sehr vermissen, denn sie reißt eine große Lücke in unser Team.

AbsolventInnen im PIA-Ausbildungsgang sind FachschülerInnen

von Angela Bankert

Die neue praxisintegrierte Ausbildung (PIA) für den Beruf der ErzieherInnen dauert drei Jahre, in denen parallel fachtheoretische und fachpraktische Ausbildungszeiten miteinander verzahnt werden. Während dieser drei Jahre arbeiten die Schüler/-innen zwei bis drei Tage in der Woche in einer Kindertagesstätte. Im Unterschied zur rein schulischen Erzieherausbildung erhalten sie eine kleine monatliche Vergütung. Daraus ergibt sich immer wieder die Unsicherheit: Sind die PIA-Absolventinnen nun Schüler/-innen oder Auszubildende? Einige von ihnen schrieben an die GEW:

„Sowohl der Versuch, Schüler-BaföG als auch Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) zu beantragen, sind deshalb gescheitert, da uns die zuständigen Behörden dem jeweils anderen Status zugeordnet haben. Erschwerend kommt hinzu, dass wir aufgrund des nicht geklärten Status kein SchülerTicket beantragen können. Deshalb sind wir auf das StarterTicket der KVB angewiesen. Der Preis dieses Tickets ist bis zu 116,40€ pro Monat höher als der Preis eines SchülerTickets. Ein weiteres Problem stellt die unterschiedliche Handhabung der einzelnen Träger dar. So hat ein Teil der Klasse einen Praktikantenvertrag und muss sich selber versichern. Demzufolge fallen hier keine sozialversicherungspflichtigen Beiträge an. Der ande-

re Teil ist über den Arbeitgeber versichert und zahlt Sozialversicherungs-abgaben.“

Im Merkblatt des Schulministeriums aus dem Jahr 2012 ist der Status jedoch eindeutig geregelt: Pia-Absolventen sind Fachschüler/-innen, haben Anspruch auf BaföG und Schülerticket.

Wörtlich heißt es im ministeriellen Merkblatt:

„Rechtsstellung der Fachschüler

Für die gesamte Dauer der Ausbildung gilt das Fachschulverhältnis, da die Ausbildung mindestens 2.400 Stunden fachtheoretische Ausbildung und mindestens 1.200 Stunden fachpraktische Ausbildung umfasst (siehe KMK-Rahmenvereinbarung über Fachschulen). Das bedeutet, dass die Gesamtverantwortung sowohl für den fachtheoretischen Ausbildungsteil als auch für den fachpraktischen Ausbildungsteil bei der Fachschule liegt.

Daneben besteht für fachpraktische Ausbildungszeiten ein Anspruch der Fachschülerinnen und Fachschüler auf Gewährung einer Praktikantenvergütung (TVPrakt)...Das Berufsbildungsgesetz findet auch bei der praxisintegrierten Ausbildung keine Anwendung.

BaföG/ Vergütung/ Schülerfahrkosten/ Lehrmittelfreiheit Grundsätzlich haben alle Fachschülerinnen und Fachschüler, unabhängig von der Organisationsform, Anspruch auf Förderung nach dem BaföG. Bei der Berechnung der Höhe des Schüler-BaföG's werden eigene Einkommen angerechnet. Der Praxiseinsatz der Fachschülerinnen und Fachschüler kann nach dem KiBiz finanziert werden...Die Regelungen zu den Schülerfahrkosten und zur Lehrmittelfreiheit gelten unabhängig von der Organisationsform unverändert fort.“

Rechtsberatungen im Stadtverband Köln

- Nina Goerges, Juristin, und Ines Barnstein, Personalrätin Gesamtschule, beraten in Schulfragen und werden unterstützt von Personalräten aller Schulformen.

Telefonische Rechtsberatung jeden Montag und Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr

- Nina Goerges berät KollegInnen im Sozial- und Erziehungsbereich und betreut alle Betriebsräte.

- Christine Oberhäuser bietet allen Ruheständlern eine persönliche Beratung zu Fragen von Beihilfe, Pflegegeld, Ruhegeld, Witwen- und Witwergeld an.

Terminabsprachen für alle drei Beratungen telefonisch unter 0221-516267

oder per E-Mail: kontakt@gew-koeln.de.

Regelaltersgrenze für tarifbeschäftigte Lehrer

Wann kann eine tarifbeschäftigte Lehrkraft in Rente gehen? Bei Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze oder erst am Ende des Halbjahres danach?

von Nina Goerges, Rechtsberatung Köln

Für tarifbeschäftigte Lehrer gibt es im Grunde zwei Regelaltersgrenzen:

I. Die gesetzliche Regelaltersgrenze

Die ist für alle ab 1964 Geborene der Ende des Monats in dem das 67. Lebensjahr vollendet wird. Alle vor 1964 Geborenen erreichen früher die Regelaltersgrenze: Bis Jahrgang 1946 erreichte man die Regelaltersgrenze bereits mit 65 Lebensjahren. Ab Jahrgang 1947 wird pro Lebensjahr zu den 65 einen Monat dazugezählt: Ein 1947 geborene Lehrerin erreichte also die Regelaltersgrenze nicht mit 65, sondern mit 65 und einem Monat usw.

II. Die Altersgrenze nach TV-L

Gemäß § 44 Nr. 4 TV-L erreicht ein Lehrer die Altersgrenze erst am Ende des Schulhalbjahres nach dem Erreichen gesetzlicher Regelaltersgrenze. Erst dann endet das Arbeitsverhältnis einer tarifbeschäftigten Lehrkraft ohne Kündigung oder Aufhebungsvertrag.

Hier stellt sich jetzt folgende Frage:

Müssen angestellte Lehrer nun bis zur „normalen“ gesetzlichen Regelaltersgrenze arbeiten, oder müssen Sie noch die Monate bis zum Ende des Schulhalbjahres anhängen? Die Antwort hierauf: Es kommt ganz auf den Willen der angestellten Lehrkraft an. Es gibt verschiedenen Möglichkeiten zu handeln, die jeweils andere Vorteile bringen:

Sie möchten nur bis zur gesetzlichen Regelaltersgrenze arbeiten:

Der Vorteil ist hier, sich etwas frühzeitiger aus dem Arbeitsleben zu verabschieden. Hier sollte man wie

folgt vorgehen: Zunächst beantragen Sie bei der Rentenversicherung eine Rentenauskunft. Ab wann die Regelaltersgrenze erreicht ist, wird Ihnen hierbei mitgeteilt. Danach sollten Sie der Dienststelle mitteilen, dass sie zur gesetzlichen Regelaltersgrenze in Rente gehen möchte. Da die tarifliche Regelung vorgibt, dass das Arbeitsverhältnis erst zum Ende des Schulhalbjahres wegen Rente beendet wird, müssen Sie die Dienststelle deshalb um einen Aufhebungsvertrag bitten. Circa drei Monate vor Rentenbeginn sollten Sie dann die Rente bei der DRV beantragen.

Sie möchten bis zur tarifvertraglichen Altersgrenze arbeiten:

Diese Möglichkeit bietet finanzielle Vorteile. Hier sind zwei Varianten möglich:

a) Sie erhalten ab Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze Ihre Rente (auch hier müssen Sie die Rente drei Monate vorher beantragen) und arbeiten trotzdem bis Schulhalbjahrende weiter. Da es ab der gesetzlichen Altersgrenze keine Grenze des Hinzuverdienstes gibt, erhalten Sie die restlichen Monate gleichzeitig Rente und Gehalt (dieses ohne Abzüge für Renten- und Arbeitslosenversicherung). Wichtig bei dieser Lösung ist: Gehalt und Rente doppelt zu beziehen ist nur nach Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze möglich (also 67 oder 65+), da es nur hier keine Grenzen beim Hinzuverdienst gibt.

b) Sie beantragen die Rente erst ab Ende der tariflichen Altersgrenze, also erst ab Ende des Schulhalbjahres. Eine Kündigung oder ein Aufhebungsvertrag ist nicht notwendig, da das Arbeitsverhältnis durch die Tarifregelung endet. Sie bekommen hier dann kein doppeltes Gehalt, aber Ihre Rente erhöht um jeden Monat der nicht in Anspruch genommenen Altersrente um 0,5 %. Dazu erhöhen sich auch die Rentenpunkte, die man in diesen Monaten der Beschäftigung noch erwirbt. Die höhere Rente, die Sie dadurch erwirtschaften, erhalten Sie dann ein Leben lang.

Die Unvollendete Besuch der DITIB-Zentralmoschee in Ehrenfeld

von Helga Pennartz

Als Symbol gelungener Integration war sie geplant. Zurzeit ist der Kuppelbau eingerüstet und noch vor ihrer Eröffnung präsentiert sich die Kölner Zentralmoschee als Sanierungsfall.

Vorweg eine kurze Chronik zum Bau der Moschee, deren Eröffnung für das Frühjahr 2012 geplant war:

2005 schrieb die DITIB (Diyanet Islami Türk Islam Birliği - Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) einen Architektenwettbewerb aus, aus dem Paul und Gottfried Böhm als Sieger hervorgingen. Im November 2009 wurde der Grundstein für den Neubau gelegt und im Februar 2011 Richtfest gefeiert. Am 24. Oktober 2011 berichtete die Kölner Presse, dass die DITIB dem Architekten Paul Böhm als Bauleiter fristlos gekündigt habe. Er habe Kostenexplosionen und mehr als 2000 Mängel zu verantworten. 2012 beantragt die DITIB ein gerichtliches Beweissicherungsverfahren; an den strittigen Gebäudeteilen wurde nicht weitergebaut.

In der Entstehung ist ein Gemeindezentrum mit über 20.000 m² Grundfläche und eine Moschee mit zwei jeweils 55 m hohen Minaretten. Mit seiner Größe in exponierter Lage passt sich der Gebäudekomplex an die vorhandene Bebauung an. Großflächige Glasfronten sorgen für einen offenen und einladenden Charakter. Der unvollendete Gesamtbau soll nach Fertigstellung aus Büroräumen, Einkaufsstraße, Versammlungssaal, Innenhof mit Brunnenkulptur und Gebetsraum bestehen. Das Interesse am Besuch der „Baustelle Moschee“ war groß und mehr als 60 Ruheständler ließen sich in zwei Führungen durch DITIB-Sprecherin Ayse Aydin den augenblicklichen Stand des Bauwerkes und auch Zukunftsperspektiven erklären. Mehr als 20 000 Besucher haben bisher an Führungen teilgenommen und Frau Aydin präsentiert dabei die Moschee in einem anderen Licht als die Negativschlagzeilen der vergangenen Jahre vermuten lassen.

Die Außenflächen der Kuppel wurden in Sicht- und Ort beton (d.h. der Beton wurde vor Ort gegossen, es wurden keine Betonfertigteile verwendet) ausgeführt, bei dem linksrheinischer gelblicher Sand zum Einsatz



kam. Das anschließende handwerkliche Stocken (Bei gestockten Betonoberflächen wird mithilfe eines Stockhammers oder Pressluftmeißels eine grobkörnige ebene Struktur erzeugt) der Sichtbetonflächen führte zum gewünschten hellen, warmen Farbton. Nun ist dieser „undichte“ Kuppelbau, in dem sich später einmal der Gebetsaal befinden wird, innen und außen eingerüstet. Die äußeren Betonschalen sollen gereinigt und hydrophobiert – also wasserabweisend behandelt – werden. Dies geschieht zum Schutz gegen Feuchtigkeit von außen. Von Innen werden aufgetretene Risse gedichtet. Ziel dieser etwa 1 ½ Jahre dauernden Sanierungsarbeiten ist laut Frau Aydin eine „zeitnahe“ Eröffnung der Moschee.

Neben diesen Schattenseiten des Baugeschehens sahen wir aber auch Fortschritte, z. B. rund um die Einkaufsstraße, die nicht nur Muslime sondern auch Menschen aus der Nachbarschaft einladen soll. Die zu 90 Prozent fertiggestellte Geschäftsstraße soll neben einem Bestatungsunternehmen, das auf die Erfordernisse für muslimische Gläubige spezialisiert ist, einem Reisebüro, das nicht nur den Haddsch vorbereitet, auch z.B. einen Gewürzladen, einen Buchladen und ein gastronomisches Angebot beherbergen. Der Brunnen, der auf dem Platz oberhalb der Ladenstraße gelegen ist, korrespondiert mit dem Basarbereich und symbolisiert das Zusammenspiel von Licht und Wasser.

Teile der Moschee werden schon aktiv genutzt. Neben verschiedenen Büros der DITIB ist ein temporärer Gebetsaal seit mehreren Jahren in Nutzung. Zudem werden Veranstaltungen (Konzerte, Einladungen zum Fastenbrechen auch an die Nachbarn,...) angeboten. Frau Aydin äußerte den Wunsch, die Moschee einfach nur als Bau fernab aller Konflikte wahrzunehmen. Für sie ist sie als sakraler Ort erlebbar, da sei es egal, wenn ein paar Bauzäune manche Außenfassaden säumten.

Die Integration ist nach ihrer Ansicht gelungen, sie sei etwas anderes als Baufortschritt ...

EINLADUNG

**Agrippina
und das römische Köln**
Zum 2000. Geburtstag
der Stadtgründerin

Wir entdecken das Leben römischer
Frauen von der Kaiserin bis zur Sklavin.

Donnerstag, 18.2.2016, 15.00 Uhr
Treffpunkt: Vor der Kasse des Römisch -
Germanischen Museums,
14.45 Uhr
Kostenbeitrag 9 Euro
Maximal 20 TeilnehmerInnen

Am Freitag, den 18.3. werden wir das
Restaurierungszentrum
des Historischen Archivs in Porz-Lind
besichtigen
Frankfurter Str.50/Portastraße,
51147 Köln.

Wir treffen uns dort um 13.45 Uhr. Die
Führung dauert ca. 90 min.

PKW: über A59 bis Porz-Lind, links Rich-
tung PORTA; rechts neben der Wareenaus-
gabe liegen das RDZ und der Parkplatz.
Bus: 162 von Porz-Markt
S-Bahn: Wahn Richtung Porz-Lind bis H
Linder Kreuz, dann ca. 4.min links, s.PKW

Bitte in der Geschäftsstelle (Tel.516267)
an- und im Verhinderungsfalle auch wieder
abmelden.



Mülheim-Rundgang Ne Kölsche Jung und protestantisch. Geht das?

von Helga Löbbert

Das geht, wenn auch mit Reibungsverlusten und erst ab 1802 und ganz wirklich erst seit 1914. Mit Napoleon kam die Religionsfreiheit auch nach Köln. 1802 gab es den ersten evangelischen Gottesdienst auf der Schildergasse schräg gegenüber der Antoniterkirche, die heute protestantisch ist. Den Predigttext kenne ich nicht, aber wie ich meine evangelischen Glaubensbrüder einschätze, wird der Pastor nicht zu lustigem und geselligem Treiben z.B. im Karneval aufgerufen haben.

In Mülheim, auf der anderen Seite des Rheines, gab es schon seit 1610 Religionsfreiheit, so dass die „Evangelische Gemeinde Mülheim am Rhein“ 2010 ihr 400 jähriges Bestehen feiern konnte. Hand in Hand mit der Religionsfreiheit kam 1610 die Gewerbefreiheit daher – in Köln herrschten noch die Zünfte -, die Mülheim einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung verschaffte. Bei der Eingemeindung von Mülheim 1914 wurde eine nicht arme Stadt mit betuchten protestantischen Unternehmern ein Kölner Stadtteil. Mit Herrn Juraschek – Eckstein machten wir uns auf den Weg diesen Stadtteil zu erkunden. Nun mag so mancher denken, welch ein merkwürdiges Unterfangen. Wenn man über die Mülheimer Brücke den Stadtteil betritt, ist eigentlich auf der Stelle Umkehren angesagt, denn hässlicher kann es kaum kommen. Der Wiener Platz ist ein Umsteigebahnhof, der zum fluchtartigen Verlassen einlädt. Zweckmäßige Bauten aus dem 20. Jahrhundert umgeben die Fläche, nichts Grünes wagt sich in die Höhe. Am meisten fasziniert mich immer ein 7stöckiges Parkhaus, in dem man für 3 Euro den ganzen Tag parken kann, aber wer will schon einen ganzen Tag lang in Mülheim parken?

Von 1968 bis 1978 war ich in rechtsrheinischen Vororten in Hauptschulen. Wer an die Hauptschule Tiefenthalstraße geraten war, hatte echt die A – Karte gezogen und wurde reichlich bedauert. Hackethäuser – Kasernen, von Sparr- Straße und Berliner Str. hatten keinen guten Ruf. Die Häuser waren heruntergekommen. Im Dunkeln durchquerte man diese Straßen schnellen Schrittes. Die Schüler in diesem Wohngebiet galten als eher bildungsfern. Dass trotzdem an der Hauptschule hier vor Ort gute Arbeit geleistet wurde und noch wird, liegt am Zusammenhalt im Kollegium. Markus Juraschek- Eckstein möge

mir an dieser Stelle ein Abschweifen vom Thema gestatten - dabei sind wir noch gar nicht richtig in Mülheim angekommen – um ein paar Bemerkungen zu machen, die mir schon lange am Herzen liegen. 1968 war die Hauptschule als Praxis bezogene Schule in NRW gegründet worden. Wir starteten alle mit viel Elan und stürzten uns auf die Arbeit und die neuen Aufgaben. Schon 1975 wurden die ersten Hauptschulen wieder geschlossen. In den nächsten Jahren war das große Hauptschulsterben angesagt. Kolleginnen und Kollegen wurden versetzt oder vorzeitig oder zeitig pensioniert. An den Hauptschulen war gute Arbeit geleistet worden. Einen Dank für die engagierte Arbeit in den Hauptschulen hat es eigentlich von keiner Seite je gegeben, verdient hätten wir es aber schon. Das musste ich mal los werden und Mülheim ist kein schlechter Ort dafür, immer hin leben hier Bürger aus 120 Nationen, die miteinander leben, reden, lernen müssen, was man durchaus an Hauptschulen erfahren kann.

Nun aber zurück zu unserem Thema und unserem Rundgang. Wir starteten unseren Weg an der Friedenskirche, dem ältesten evangelischen Kirchenbau Kölns. Der Mülheimer Eisgang von 1784- man stelle sich riesige Eisschollen auf dem Rhein vor – hatte große Teile Mülheims hinweg gerissen und Wasser und Eisschollen hatten auch die reformierte Kirche zerstört. Auf den Turm hatten sich Dutzende Menschen gerettet. Nach der Naturkatastrophe vereinigten sich die Reformierten und Lutherischen und bauten 1786 eine neue Kirche, eben die, vor der wir jetzt standen, d.h. ganz original ist diese nicht mehr, denn sie war 1944 ebenso wie viele andere Gebäude in einer Nacht von den alliierten Bomben plattgemacht worden. Da unser Thema nicht nur Kirchenbau sondern auch profane Barockbauten war, führte unser Weg als nächstes zum Haus des Hofkammerrates Bertoldi in der Buchheimer Straße. 1780 war es erbaut worden und es hat wunderbarer Weise die Zerstörungen von 1784 und 1944 ohne größere Schäden überstanden. Die 200 Morgen Land hinter dem Palais gibt es nicht mehr und das Haus mit seinem schönen Rundgiebel und geschwungenen Balkon nimmt sich etwas eigenartig aus, denn vornehm wie ehemals ist die Buchheimer Straße heute nicht mehr. Man kann Mülheim nicht besichtigen ohne seine Schritte zu dem alten Pfarrhaus von St. Clemens, dem Haus Pelikan und der Kirche St. Clemens gerichtet zu haben. St. Clemens ist Mülheims

alte Schifferkapelle. Bei Restaurierungen stellte man fest, dass die Kirche nicht wie angenommen 1692 entstanden ist, sondern dass sie schon ein romanischer Bau war. Diese Kirche ist Ausgang und Endpunkt der Mülheimer Gostestracht. Der Legende nach raubte ein Dieb goldene Kelche aus dieser Kirche. Sein Versuch über den Rhein zu entkommen, scheiterte, denn sein Boot blieb in der Mitte des Stromes stehen. Der Fingerzeig Gottes hatte ihn quasi zum Stillstand verdonnert. Die mitgenommene geweihte Hostie wurde in einer feierlichen Prozession in die Kirche zurückgeführt. Was mit dem Dieb passierte, weiß ich jetzt gerade nicht, aber irgendeine Strafe, die mit Wasser zu tun hatte, wäre naheliegend. Diese Prozession wird seit dem 18. Jahrhundert 1x im Jahr an Fronleichnam feierlich zu Wasser und zu Lande wiederholt. Dann wird auch das Portal der Kirche geöffnet, und nur dann.

Um die Restaurierung von St. Clemens in unserem Jahrhundert hat sich die Familie Schürmann, die eher durch einen Bau in Bonn berühmt wurde, verdient gemacht. Joachim Schürmann kümmerte sich um den Wiederaufbau mit Holzdecke und Bronzeportal, das Motive aus dem Leben des Hl. Clemens zeigt. Das Altarkreuz gestaltete Bruder Werner. Tabernakel und Fenster stammen von Gerda Schürmann - Frömel. Eine durchaus gelungene Familienarbeit, die man sich ansehen sollte.

Natürlich gab es auch Zwistigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten. 1780 hatte der Augustiner Simplicianus Haan an einer Station der historischen Gostestracht verkündet: Kein Protestant könne selig werden! Da war bestimmt der Teufel los, aber irgendwie ist was dran, wenn so auch vom Redner sicherlich nicht gemeint, Evangelische können weder selig noch heiliggesprochen werden. Dass man sich dennoch arrangieren konnte, zeigte das ständige Wachstum Mülheims durch die Industrialisierung.

Wir haben nur einen kleinen Teil von Mülheim gesehen, aber festgestellt: Der Wiener Platz ist nicht Mülheim! Wer mehr sehen und erfahren möchte, dem seien die „Kulturpfade“ von Markus Eckstein empfohlen, in diesem Fall Band 2: Mülheim, Buchheim, Buchforst. Es macht unglaublichen Spaß mit dem Büchlein in der Hand, Kölner Stadtteile zu entdecken. Kulturpfade gibt es erfreulicherweise auch noch für andere Viertel unserer Stadt.

GEW

KZ Auschwitz befreit
27. 1. 1945

Gedenkstunde für
die Opfer des
Nationalsozialismus
27.1.2016

Erinnern

Eine Brücke in die Zukunft

Mittwoch
27. Januar 2016, 18.00 Uhr

AntoniterCityKirche
Schildergasse

Im Anschluss 20 Uhr Konzert

Esther Bejarano
&
Microphone Mafia

Karten im Vorverkauf und an der Abendkasse

Es wirken mit:
Oberbürgermeisterin (Grußwort)

Josef Tratnik, Schauspieler
Renate Fuhrmann, Schauspielerin

Esther Bejarano
Sie überlebte Auschwitz als
Mitglied des Mädchenorchesters
& Microphone Mafia

Projektgruppe Gedenktag